

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Interessen der in der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis, durch die Post bezogen, pro Quartal 1 Mk. Anzeigenpreis die 3 gespaltene Zeile 40 Pf.

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands

Schriftleitung: Duisburg, Seitenstraße 19. Schluß der Redaktion: Montag Abend 6 Uhr. Zuschriften, Abonnementsbestellungen etc sind an die Geschäftsstelle Seitenstraße 19 zu richten

Willkommen in Duisburg!

In Duisburg, der alten Stadt am Niederrhein, treten in den nächsten Tagen die Vertreter der christlichen Metallarbeiter zusammen, um beim 6. Verbandstage in ersten Beratungen zum Besten des Standes zu arbeiten. Bei dieser Gelegenheit ist es angebracht und wird allen Delegierten wie übrigen Verbandskollegen gewiß sehr lehrreich und angenehm sein, einiges aus der Geschichte und Entwicklung der Stadt zu erfahren, die von Anfang an die Zentrale unseres Verbandes beherbergt und den 6. Verbandstag in ihren Mauern tagen sieht. Nicht lautgerühmte Naturschönheiten, nicht weltbekannte Heldentaten sind mit dem Namen Duisburgs verknüpft, und doch hat das alte Dispargum mehr wie manche andere Stadt, das Reich, die Vertreter des Verbandes in seinen Mauern freundschaftlich und vertraut zu begrüßen; ist es doch die Geburtsstätte des Verbandes, eine historische Stätte der Industrie am Niederrhein, eine Stadt, die ihr Emporblühen der Arbeit verdankt, deren Bild beredt von der Bedeutung der zielbewußten Arbeit spricht.

In Dunkel gehüllt ist die Gründung der Stadt Duisburg. Drei Jahrhunderte vor Christi Geburt hausten in hiesiger Gegend die Germanen, und zahlreiche Urnenfunde in der heutigen Stadt (Friedrich-Wilhelmstraße) und deren Umgebung (Wesbau) beweisen, daß sie hier keine unbedeutende Niederlassung hatten. Im Duisburger Rathaus ist eine Sammlung der Urnenfunde untergebracht.

Die Germanen wurden im vierten Jahrhundert unserer Zeitrechnung von den Franken vertrieben. Nach dem Geschichtsschreiber eroberte der Frankenkönig bei dem Kampfen ein an der Ruhr gelegenes Kastell Disparg und machte es wegen seiner günstigen strategischen Lage zum Sitz des Frankenkönigs. Es ist wohl zweifellos, daß aus dem Kastell Disparg, oder Dispargum, unsere heutige Stadt Duisburg hervorgegangen ist. Unter dem Schutze des Fürstentums siedelten sich am Fuße der alten Königsburg (Burgplatz) Kaufleute an.

Schon früh wurden dem Niederrhein die Segnungen des Christentums zuteil. Der fromme Glaubensbote Suidbertus, der im benachbarten Kaiserwerth seine letzte Ruhestätte gefunden hat, durchzog um das Jahr 700 die Lande zwischen Ruhr und Wupper und verkündete den Heiden die Lehre Christi. Von den immer nachrückenden deutschen Horden werden wohl die Christen arg bedrängt worden sein, doch trat Besserung ein, als die fränkischen Karolinger zur Macht kamen und in Duisburg ein Heerlager errichteten. Die erste Kapelle, die dem Salvator mundi (Welterlöser) geweiht war, entstand 762 in der Nähe der Salvatorkirche, wo heute das alte Gymnasium steht. Wie auch aus einem älteren Stadtfiegel hervorgeht, war Duisburg so dem Schutze des Welterlösers unterstellt. Eine Abbildung des alten Siegels ist im Rathaus angebracht.

Von dem Raub der plündernden Normannen 884 wurde Duisburg nicht verschont, ja, es wurde sogar hier ein Lager, von wo aus die Raubzüge unternommen wurden, errichtet. Dem Bischof Arno von Würzburg gelang es, die Eindringlinge zu schlagen und aus dem Lande zu treiben.

Von welcher Bedeutung Duisburg in dieser Zeit (900 n. Chr.) war, geht aus der Mitteilung über eine Synode der germanischen Bischöfe in Duisburg hervor. Auch den Herrschern diente die Stadt als Aufenthaltsort. Heinrich der Vogler, der Duisburg zur freien Reichsstadt machte, weilte wiederholt hier, und unter seinem Sohne Otto wurde in Duisburg 914 ein Reichstag abgehalten. Otto der II. und Otto der III. waren häufige Gäste der Stadt und

1002 zog Heinrich der Heilige von Duisburg aus zur Krönung nach Aachen. Kaiser Lothar erschien 1129 mit großem Gefolge und bestätigte den Bürgern das Eigentum am Boden des Waldes. Der heute so romantische Steinbruch im Walde ist eine Schenkung des Kaisers. Zahlreiche Kirchen und Klöster, so auch die prächtige Salvatorkirche, welche im Jahre 1904 renoviert wurde, die Minoritenkirche (Frauenkirche) entstanden in der Folgezeit. Von anderen kirchlichen Gebäuden melden heute nur noch die alten Straßennamen. Die herrlichen Weiden- und Ackerflächen boten Nahrungsmittel in reicher Fülle, der große Wald, der im Osten bis zur Stadtmauer reichte (Kuhforst) und sich tageweit erstreckte, lieferte Holz und Wildbret; der Rhein, der dicht an der alten Stadtmauer vorbeifloß, erleichterte den Handel mit fremden Städten.

Unter diesen günstigen Verhältnissen entwickelte sich Duisburg zu einer bedeutenden Hansestadt, in der reiche Kaufleute und blühende Künste ihren dauernden Sitz hatten. Auch streitbar war die Stadt und auf Wahrung der verbrieften Rechte wohl bedacht. Als im Svecischen Kriege, am Georgstage 1445, der Erzbischof Theodorich von Köln die Stadt durch einen Handstreich überrumpeln wollte, wurde er von den wachsamem Bürgern mit schweren Verlusten heimgeschickt. Die „Berlörtes-Brücke“, angeblich nach dem Schreckensruf des geschlagenen Feindes so genannt, erinnert an diesen Kampf. Auch unter den Kämpfen der Reformation und den Schrecken des dreißigjährigen Krieges hatte die Stadt vieles zu leiden. Eine beschriebene Quelle im Walde, der „heilige Brunnen“, hat aus dieser Zeit seinen Namen. Nach dem kindlichen Glauben der damaligen Bewohner konnte das Wasser der Quelle den Pestkranken Heilung bringen.

Innere Kämpfe, Belagerungen durch Spanier und Holländer, Pest und Feuersbrunst, hielten die Bürgerschaft dann lange Zeit in Aufregung und hemmten Handel und Verkehr. Wiederholt wurde der Turm der Salvatorkirche ein Opfer der Flammen und eine Feuersbrunst im Jahre 1499 zerstörte die ganze Kuhstraße. Zu alledem kam, daß sich die wichtigste Verkehrsader, der Rhein, bei einer gewaltigen Wasserflut ein anderes Bett suchte (etwa 1270) und so den Handel erschwerte. Duisburg, die ehemalige Kaiserstadt und spätere freie Reichs- und Hansestadt, die im Mittelalter von so großer Bedeutung war, wie der öffentliche Markt, der hier bestand und die Halle der Kaufmannschaft, die 1460 angelegt wurde, bezeugen, ging immer mehr zurück.

Die Universität, die 1560 genehmigt, am 14. Oktober 1568 jedoch erst gegründet wurde, vermochte der Stadt nicht den alten Ruf wieder zu geben und sich selbst nicht zum Ansehen zu bringen, obwohl einige Professoren von Bedeutung hier lehrten (Leibniz). Er entdeckte hier die Ursache der nach ihm benannten physikalischen Erscheinung. Danach können Wassertropfen auf glühender Platte mit dieser nicht in Berührung, weil der Dampf, der durch lebhaft Verdunstung an der unteren Wasseroberfläche entsteht, das Wasser trägt. Die Zahl der Studenten, die zuerst mehrere Hundert betrug, sank zeitweise bis auf zehn. Einzelne Professoren wie Vorherd weigerten sich jahrelang, überhaupt Vorlesungen zu halten. Zwischen Bürgergeist und Studenten kam es, wie ja heute noch in Universitätsstädten, oft zu Reibereien. Von den Professoren des Gymnasiums sei der große Kartograph Gerh. Mercator (1552—1592 in Duisburg) erwähnt, der den ersten Globus konstruierte. An Mercator erinnert noch in Duisburg eine Straße, sowie das Denkmal vor dem Rathaus. 1818 wurde die Universität aufgehoben und nach Bonn verlegt.

Ein stilles, kleines Landstädtchen blieb Duisburg dann bis zur Mitte des 18. Jahrhunderts, ohne daß bedeutende Ereignisse die Ruhe störten.

Politisch machte die Stadt manche Wandelung durch. Obwohl freie Reichsstadt, haben die Könige früh ihre Rechte verschenkt oder verpfändet. Rudolf von Habsburg verpfändete sie 1290 an Dietrich von Cleve und seine Nachfolger. Diese Pfandschaft ist nicht wieder eingelöst worden. Nach Aussterben des Clevisch-märkischen Geschlechtes 1809 fiel Duisburg mit Cleve, Marl und Ravensberg an Brandenburg und hörte auf, freie Reichsstadt zu sein.

Eine neue Periode der Entwicklung trat für Duisburg ein, als die sogenannte Heurtschiffahrt (regelmäßiger Schiffsverkehr) aufgenommen wurde. Die Anfänge der Heurtschiffahrt reichen bis zum Jahre 1740 zurück. Auf kleinen Schiffen, die rheinaufwärts und abwärts fuhren, unterhielten Handelsleute Verbindungen mit Holland und brachten so neues Leben. Noch im Jahre 1797 war Duisburg ein Städtchen mit kaum 4000 Einwohnern. Unter den Kriegszügen Napoleons hatte Duisburg ebenfalls zu leiden, und besonders die Jahre von 1806 bis 1813 waren für die Bürger Leidensjahre, weil die Tabakfabriken, durch die Duisburg in ganz Deutschland bekannt ist, — erinnert sei nur an den berühmten A. B. Tabak — von Napoleon konfisziert wurden und so hunderte Bürger ohne lohnende Arbeit blieben.

Bald nach den Befreiungskriegen zog ein neuer Schaffensgeist ein. Im Jahre 1819 erhielt die Stadt ein Pollamt. Ein Jahrzehnt später ließ eine Vereinigung von Bürgern, (der Rhein-Kanal-Aktien-Verein), den ersten Hafen anlegen. Damit war die Bahn zu einer neuen, beispiellosen Entwicklung der Stadt betreten. Als durch die Anlage der Köln-Mindener Eisenbahn im Jahre 1846 Kohlen und Erz leichter und schneller transportiert werden konnte, nahm der Verkehr im Hafen einen ungeahnten Umschwung. Der Wasserverkehr hatte durch den Rheinkanal von 4284 Tonnen im Jahre 1833 auf 9831 Tonnen im Jahre 1844 zugenommen, er stieg durch Eröffnung des Ruhrkanals auf 301 861 Tonnen im Jahre 1849. Heute weist der Verkehr in den Duisburger Häfen, die später bedeutend erweitert wurden, 15 000 000 Tonnen auf.

Versuche, die unter Duisburg schlummernden Kohlenzüge zu heben, schlugen zuerst fehl, weil die Beden das Wasser nicht herabzulassen konnten. Ende der fünfziger und Mitte der sechziger Jahre entstanden die ersten industriellen Anlagen. Der erste Hochofen wurde 1854 auf der Niederrheinischen Hütte angeblasen. Es wird vielleicht interessieren, an dieser Stelle mitzuteilen, daß schon im Jahre 1850 an der Ruhrmündung von dem General-Feldmarschall von Sparr in Vereinigung mit dem Kaufmann Loebben ein Schmelz- und Hammerwerk für Kupfer gegründet wurde; doch scheint die Anlage fast eingegangen zu sein. — Die Niederrheinische Hütte, (Steinische Fabrik), der „Vulkan“ Martottis Walzwerk, Bickro, Johannishütte (Krupp) entwickelten sich schnell, und bald umgrenzten rauchende Schloten die Stadt.

Die ersten Arbeiter waren Wallonen, die schon in ihrer Heimat die Tätigkeit in der Eisenindustrie kennen gelernt hatten und nun die hiesigen Arbeiter anlernen. Die erstaunliche Entwicklung, die Duisburg durch die Eisenindustrie nahm, zeigen folgende Zahlen. 1848 zählte die Stadt erst 10 607 Einwohner, 1850: 12000, 1860 schon 40 533. Aber nun beginnt infolge der Mittentwicklung der Vororte und der Eingemeindungstätigkeit eine rasche Anwachung. In ersten Jahrzehnt des 20. Jahr-

hundert wurden die ersten 100 000 überschritten und heute rapt die Zahl bereits über 215 000 hinaus. Diese trudenen Zahlen sagen, daß Duisburg eine Hochburg ernster Arbeit und geistiger Kraft sein muß, denn in der Ruhe stiller Landortbeschaulichkeit ist ein so rasches Emporwachsen undenkbar. An Eisenerz wurden in den Hüttenwerken der Stadt im vergangenen Jahre rund 5 000 000 Tonnen verarbeitet und Walzwerksfabrikate hergestellt. In den Hütten- und Walzwerken der Stadt Duisburg, (Prepp, Rheinhausen ausgeschlossen), finden 26 000 erwachsene und 1000 jugendliche Arbeiter Beschäftigung. Neben der Eisenindustrie brachten es hier auch andere Gewerbe, die Textilindustrie, Tabakfabrikation, das Baugewerbe, zu großer Bedeutung. In dem gewaltigen Anwachsen der Stadt hat die günstige Lage zwischen Rhein und Ruhr, die großartigen Binnenhafenanlagen, wohl die ausgedehntesten der Welt, in erster Linie beigetragen. Soviel aus der Geschichte der Stadt.

Nur auch einiges aus der Arbeiterbewegung Duisburgs. Schon relativ früh fand in Duisburg der Organisationsgedanke Eingang. In der Mitte der achtziger Jahre des verfloffenen Jahrhunderts verbreitete sich von Duisburg aus, unter Führung unseres Verbandsvorsitzenden H. W. Wieber, eine Fachereinebewegung der Former und Gießereiarbeiter, welche sich auf eine große Zahl Städte Rheinlands und Westfalens erstreckte. Gleichzeitig wurden auch Fachvereine der Schlosser und Maschinenbauer, der Klempner und Feilenhauer und

andere Berufe der Metallarbeiterbranche gegründet. Schon bei der Gründung sprachen die Führer es aus, daß sie auf christlicher Grundlage aufbauten, aber bei allen wichtigen Arbeiterfragen mit den anders gesinnten Arbeitern Hand in Hand zu gehen gewillt seien. Ohne freigestellte Kräfte haben die Führer die Organisationsarbeit geleitet und schwere Zeiten und Kämpfe bestanden. Im Jahre 1894 erfolgte in Duisburg im lath. Arbeiterverein die Gründung der Fachsektion der Metallarbeiter, als deren Leiter ebenfalls Kollege Wieber fungierte. Diese Fachsektion der Metallarbeiter, als deren Leiter ebenfalls Kollege Wieber fungierte, besteht bis zum 15. Oktober 1899, wo sie sich mit anderen Gruppen zum christlichen Metallarbeiterverband zusammenschloß. Die anderen Berufe folgten bald mit eigenen Organisationsnach.

Enger winkelige Gassen, neben modernen Straßen der Großstadt, altertümliche Häuser, neben Prachtbauten, hier und da noch ein Rest der alten Stadtmauer, die im Mittelalter Schutz bot, Nischenwerke der Eisenindustrie, zeugen von Duisburgs Vergangenheit und Entwicklung. Wer auf dem Kaiserberg, zu Füßen des Kaiser Wilhelm Denkmals, das Bild der Stadt auf sich wirken läßt, wird so leicht den Eindruck nicht vergessen. Inmitten des Häusermeeres, das fast immer in leichte Rauchwolken gehüllt ist, erheben sich die Türme der Liebfrauenkirche, der Salvatorkirche und des Rathauses. Hochstrebende Fabrikschornsteine säumen das Bild und von Zeit zu Zeit lodert aus einem der höchsten eine helle Flamme empor. Weit im Westen zieht der Rhein zu Tal und fließt auf seinem Rücken in stolzen

Schiffen, was fleißige Hände schaffen. Ruhn geschwungene Brücken verbinden die Ufer und künden in ihrer Konstruktion das Zeitalter der Industrie und modernen Technik. Nach Süden dehnt sich weit der prächtige Wald, ein Zerstreuungsort Tausender von Stadtmenschen. Noch vor einem Jahrhundert war der Forst, in dem zahlreiche wilde Pferde sich aufhielten, weit bekannt und als Jagdgürtel der fürstlichen Herrlichkeit. Der breite Waldgürtel mit allzu finstere Gepräge, das manche Städte des Industriebezirkes haben.

Und nun Willkommen, ihr Männer der Arbeit in der Stadt der Arbeit! Die Größe und Macht der Arbeit predigt Duisburg und unter diesem Eindruck kann man mit frohem Mut und Zielbewußtsein für das Recht der Arbeit eintreten. Hier beim Schlag der Hämmer, beim Zischen des Feuers, beim Dröhnen des Walzwerks beim Säusen der Maschinen und beim kräftigen Surren der Schiffschrauben werden schaffensfreudig die Beratungen aufgenommen, um denen beizustehen, die mit starker Hand die Räder des Wirtschaftslebens betreten. Mögen die Verhandlungen dem Verband zum Nutzen gereichen und so dem Wohle der Kollegenschaft dienen. Mit diesem Wunsch begrüßen wir die Kollegen aus Nah und Fern. Herzlich willkommen in Duisburg, zunächst die Delegierten und die Gäste, sowie alle Kollegen, die in diesen Tagen zur Jubiläumsgeneralversammlung nach Duisburg kommen werden! Auf zur freudigen und erfolgreichen Arbeit!

Nochmals Willkommen in der Industrie- und Hafenstadt Duisburg!

Friede im Baugewerbe.

Der gemaltige Kampf im Baugewerbe ist beendet, von einzelnen örtlichen disziplinwidrigen Ausnahmen abgesehen. Wie wir schon in der vorletzten Nummer (25) mitteilten, waren die Einigungen-Vorschläge der Unparteilichen von den beiderseitigen Organisationen angenommen worden. Auf Grund dieser Einigung mußten die örtlichen Verhandlungen weiter geführt und die Abschlüsse von Verträgen getätigt werden. Nur an wenigen Orten kam es auf diesem Wege zur endgültigen Einigung, sodaß von dem eingesetzten Schiedsgericht in der Mehrzahl der Fälle eine beiderseitig bindende Entscheidung getroffen werden mußte. Das Schiedsgericht ist am 16. Juni zu seiner schweren Arbeit zusammengetreten. In den hauptsächlichsten Punkten wurde wie folgt entschieden:

Entscheidungen des Schiedsgerichts

zur Beilegung der Bewegung im deutschen Baugewerbe.

1. Arbeitslohn.

1. Die gegenwärtigen tariflichen Löhne werden während der Vertragsdauer allgemein um 5 Pfg. erhöht. In Orten, die nach der letzten Volkszählung (1905) weniger als 5000 Einwohner hatten, werden die tariflichen Löhne um 4 Pfg. erhöht; gehören solche Orte zu ihrem letzten Tarifvertrag zum Vertragsgebiet eines größeren Ortes, so tritt auch bei ihnen eine Lohnerhöhung um 5 Pfg. ein. Die Lohnerhöhung ist in folgender Weise durchzuführen:

- wo 5 Pfg. gewährt werden, sofort 1 Pfg., am 1. April 1911 2 Pfg., am 1. April 1912 2 Pfg.,
 - wo 4 Pfg. gewährt werden, sofort 1 Pfg., am 1. April 1911 2 Pfg., am 1. April 1912 1 Pfg.
- In Orten, wo bisher kein Tarif bestanden hat, gelten diese Bestimmungen entsprechend.

2. Die Anrechnung bisher gewährter Lohnerhöhungen wird abgelehnt, ebenso die Gewährung von Teuerungszulagen, soweit nicht unter 2. Biffer 1 eine Ausnahme vorgesehen ist.

3. Wo die Differenz zwischen dem tariflichen Lohn der Maurer und dem tariflichen Höchstlohn der Bauhilfsarbeiter mehr als 13 Pfg. beträgt, wird dieser mit dem 1. April 1911 um 1 Pfg. erhöht.

2. Arbeitszeit.

1. In Frankfurt am Main, Offenbach, Mannheim, Ludwigshafen und Wiesbaden wird die Arbeitszeit auf 9 1/2 Stunden am 1. April 1911 herabgesetzt. Die Lohnerhöhung ist in folgender Weise durchzuführen:

- in Frankfurt a. M., Mannheim und Ludwigshafen sofort 2 Pfg., am 1. April 1911 4 Pfg., am 1. April 1912 2 Pfg.,
- in Offenbach und Wiesbaden sofort 2 Pfg., am 1. April 1911 3 1/2 Pfg., am 1. April 1912 2 Pfg.

Soweit diese besondere Lohnerhöhung den durch die Arbeitszeitverlängerung verursachten Lohnausgleich übersteigt, gilt sie als Ausgleich für die besonderen Teuerungsvorgänge in diesen Städten.

2. In Orten, wo die Arbeitszeit mehr als 10 1/2 Stunden beträgt, wird sie am 1. April 1912 auf 10 Stunden herabgesetzt. In Orten, wo sie 10 1/2 Stunden oder weniger beträgt, wird sie am 1. April 1911 auf 10 Stunden herabgesetzt.

Beträgt in einem Ort, der nach der letzten Volkszählung (1905) unter 10 000 Einwohner hatte, die Lohnerhöhung während der Vertragsdauer eintretende Arbeitszeitverlängerung eine Stunde, so tritt der übliche volle Lohnausgleich hier ausnahmsweise nur zur Hälfte ein.

3. Örtliche Vertragszusätze.

Alle sonst noch bestehenden Streitigkeiten über örtliche Vertragszusätze werden zur Verhandlung an die örtlichen Instanzen zurückverwiesen. Wird hierbei keine Einigung erzielt, so sind sie durch die im früheren Verträge vorgesehenen Instanzen endgültig zu entscheiden. Die Verhandlungen der örtlichen Instanzen müssen spätestens bis 8. Juli dieses Jahres beendet, die Entscheidungen der zweiten Instanz spätestens bis 15. Juli dieses Jahres gefällt sein. — Die örtlichen Verträge sind sofort bei Erledigung dieser Streitigkeiten, längstens also bis 15. Juli d. J. abzuschließen.

Es folgen dann noch eine ganze Reihe Einzelentscheidungen und Bestimmungen, sowie eine ausführliche eingehende Begründung. Der Schiedspruch ist für beide Teile bindend. Es ist deshalb bedauerlich und entschieden zu verurteilen, auch kein gutes Zeichen für die gewerkschaftliche Disziplin, wenn jetzt aus einigen Städten (so u. a. aus Breslau, Nürnberg) gemeldet wird, daß die Arbeiter die Wiederaufnahme der Arbeit unter den vom Schiedsgericht festgelegten Bestimmungen ablehnen. Nachdem die Generalversammlungen der Verbände der Annahme des Schiedspruchs zugestimmt haben, ist es die moralische Pflicht der organisierten Bauarbeiter, sich dem zu fügen. Allen Unseinen nach sind es die radikaleren Elemente der sozialdemokratischen Verbände, die sich über moralische Verpflichtungen hinwegsetzen glauben zu können. Von den Mitgliedern des christlichen Bauarbeiterverbandes sind solche Gegenströmungen nicht bekannt geworden. Die einzelnen Disziplinbrüche werden den Gesamtfrieden im Baugewerbe jedoch nicht verhindern können.

Ueberblickt man den Verlauf und das Resultat des Kampfes, so kann vor allem gesagt werden, daß die Arbeiter einen annehmbaren Erfolg erzielt haben, wenn auch nicht alle Wünsche erfüllt worden sind. Die mit Hartnäckigkeit verfolgten Pläne der Scharfmacher im Arbeitgeberbund des Baugewerbes, die Arbeiterorganisationen niederzuringen und der Tarifideen mit Hilfe der Großindustrie den Todesstoß zu versetzen, sind vollständig gescheitert. Das ist das bemerkenswerteste und wichtigste aus dem Gesamtergebnis des beendeten Riesenkampfes.

Die „Baugewerkschaft“, unser Bruderorgan vom christlichen Bauarbeiterverband, macht in ihrer Nr. 26 zum Ausgang der Bewegung folgende Ausföhrung:

Der Kampf ist aus.

Die Schlacht ist zu Ende, die Kampfesreihen lösen sich auf. Am Freitag, den 15. April, setzte die Aussperzung ein, — am Freitag, den 17. Juni, wurde sie durch die Verkündung der Schiedsprüche im alten Rathaus zu Dresden für endgültig erledigt erklärt. Ein neun Wochen langer, folgenschwerer Kampf. Ein Sprung ins Unbekannte, den die Arbeiterorganisationen des Baugewerbes wagten. Sie haben's gewagt! Mit dem Erfolg können sie zufrieden sein.

Dem Kampf folgte der Frieden. Hoffen wir, daß er ein dauernder wird. Wenn das durch den nun zu Ende gegangenen Kampf erreicht worden wäre, brauchen wir nicht zu schwärmen. Was an uns liegt, wollen wir dazu beitragen.

Der Kampf ist aus. In mustergültiger Weise ist er geführt worden. Daß man von einer intelligenten und gutorganisierten Arbeiterschaft verlangen. Die gestellten Anforderungen waren keine geringen. Wir können sagen: Der große Moment hat kein kleines Geschlecht gesunden. In den Kreisen der Bauarbeiterchaft nicht. Dank und Anerkennung allen Kollegen. Sie trugen ihre Pflicht erfüllt haben. Die während des Kampfes zeitweilige Disziplin muß auch am Schluß des Kampfes sich bewähren. Einmütig sollen unsere Mitglieder allerorts die Arbeit aufnehmen. Das sind sie ihrem Ansehen schuldig gegenüber den Arbeitgebern, der Öffentlichkeit, vor allem aber auch den drei unparteilichen Herren, die in so selbstloser Weise sich der so undankbaren Aufgabe der Vermittlung zwischen den Parteien, unterzogen haben. Ihnen gebührt in erster Linie das Verdienst, die Wege für den Frieden geebnet zu haben. Mit größter Sachkenntnis ausgeklüftet, haben sie nach bestem Wissen und Gewissen gehandelt. Das ist unsere ehrliche Anerkennung, die wir hier aussprechen. Mag einzelnen den Parteien nicht gefallen, — dafür sind wir eben Partei. Im Hinblick auf die fast unüberbrückbar erscheinenden Differenzen kann mit dem Dank an die unparteilichen Herren für die von ihnen bewältigte Aufgabe nicht zurückgehalten werden. Ist das auch schon in der Schlußsitzung zu Dresden geschehen, so sprechen wir das hier noch einmal im Namen aller unserer Mitglieder aus.

Und nun harren unser neue Aufgaben. Die nächstliegende ist die Erweiterung und der Ausbau unserer Organisation. Das Ziel muß sein, noch in diesem Jahre das erste halbe Hunderttausend Mitglieder zu errreichen. Darum mit aller uns zu Gebote stehenden Kraft an die Arbeit, überall die Werbenarbeit für den Zentralverband christlicher Bauarbeiter ausarbeiten. Er war unser treuer Freund in Kampfesnot, er ist der Beschützer und Vertreter der Arbeiterinteressen im Baugewerbe.

Und sehet ihr nicht das Leben ein, wie wird euch das Leben gewonnen sein.

Die letzten Nachrichten in der Tagespresse lassen die Befürchtung aufkommen, daß es doch noch zu neuen Differenzen kommen kann. Der geschäftsführende Ausschuß des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe hat an die Zentralvorstände des Maurer- u. Zimmererverbandes, des baugewerblichen Hilfsarbeiterverbandes und des christlichen Bauarbeiterverbandes ein Protestschreiben gerichtet, worin die allgemeine Wiederaufnahme der Arbeit bis längstens Montag den 27. Juni verlangt wird. Für den Fall, daß dies nicht geschieht, hat der Bundesvorstand auf den 30. Juni eine außerordentliche Hauptversammlung nach Halle a. d. S. einberufen, um die weiteren Maßnahmen zu beschließen. Wenn der mühsam zustande gekommene Frieden wieder in die Brüche gehen sollte, haben die disziplinwidrigen Bauarbeiter in den genannten Städten eine schwere Verantwortung auf sich geladen.

Hütten und Galmen in Bayern.

II.

Die Behandlung der vom christl. Metallarbeiterverband eingereichten Petition erfolgte, wie bereits berichtet, in der Sitzung des Landtags vom 3. Mai. Der sozialdemokratische Abgeordnete Auer vermißte darauf, daß die von Hainke und Hintermeier unterzeichnete Petition sehr interessante Aufstellungen enthalte über die Lebenssteuerung und beflagte es daß den Arbeitern die verlangte Lohnauf-

nicht gewährt worden sei. Der Redner trat für Abstellung verschiedener Mißstände auf einzelnen Werken ein. Der Abg. Steets nahm sich speziell der Arbeiter der Grube Stockheim an; der Abg. Verdel um jene in den Pfälzer Gruben und Werken. Die so ziemlich alle Arbeiterwünsche umfassende Rede des Abgeordneten Kollegen Königbauer geben wir nach dem stenographischen Bericht teilweise hier wieder. Abg. Königbauer:

In der Petition des Gewerksvereins der christlichen Bergarbeiter und des christlichen Metallarbeiterverbandes ist eine Reihe von Wünschen bezüglich der Arbeiterverhältnisse ausgesprochen. Im Finanzausschusse erfuhr diese Petition eine eingehende Behandlung. Seitens der Regierung wurde die Behauptung aufgestellt, daß verschiedene Angaben der Petition nicht richtig seien. So wurde insbesondere bemängelt, daß die Angaben bezüglich der Löhne nicht vollständig den Tatsachen entsprächen.

Ich wies bereits im Ausschusse darauf hin, daß man wissen muß, wie solche Petitionen zustande kommen, daß die Petitionen auf Grund des Materials verfertigt werden, das von den einzelnen Ortsgruppen den Organisationen geliefert wird. Aber so, wie seitens der Regierung die Verhältnisse im Ausschusse dargestellt wurden, daß eine so durchgreifende Besserung der Lohnverhältnisse stattgefunden habe, daß auch in Bezug auf Behandlung absolut nichts zu wünschen sei und dergleichen, so glänzend liegen die Verhältnisse in Wirklichkeit nicht.

Was zunächst die Löhne der Bergarbeiter betrifft, haben sie die durchgreifende Steigerung nicht erfahren, wie seitens der Regierung behauptet wurde. Ein amtliches Material, das in den Berichten der Berginspektion München niedergelegt ist, sagt uns, daß zum Beispiel im Salzbergbau in Böhmen die Jahreslöhne von 888 M. im Jahre 1908 auf 882 M. im Jahre 1909 zurückgegangen sind, daß ferner der Durchschnittslohn im Durchschnitt von 3,23 Mark auf 3,20 Mark zurückgegangen ist. Das stimmt doch nicht so vollständig damit überein, daß die Löhne, wie behauptet wird, im allgemeinen und durchwegs gestiegen seien.

In der Erzgrube Bodenmais ist der Durchschnittslohn nach den Angaben der Berginspektion von 945 M. auf 873 Mark gefallen. Der durchschnittliche Schichtlohn zeigt allerdings ein anderes Bild und es wäre interessant, wie diese Zahlen der Berginspektion aufzufassen sind und wie es sich damit verhält, daß in diesem amtlichen Material ein wesentlich anderes Bild gezeichnet wird als in den Berichten, die im Finanzausschusse von der Regierung gegeben wurden. Auch aus dem Erzwerk Amberg ist zu konstatieren, daß der Durchschnittslohn von 1191 M. auf 1123 M. und der durchschnittliche Schichtlohn von 3,21 Mark auf 3,17 M. zurückgegangen ist. Es wäre mir sehr interessant und ich würde der Regierung sehr dankbar, wenn sie uns darüber eine vollständige Aufklärung geben könnte, ob sich diese Zahlen der Berginspektion vielleicht dadurch von den Angaben im Finanzausschusse unterscheiden, daß mehrere Klassen zusammengezogen sind, oder wie der Unterschied überhaupt erklärt werden soll.

Die Lohnerhöhung, die der Landtag beschlossen hat, wurde auch im Bereich der Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung nicht durchgehend gewährt, insbesondere nicht an jene Leute, die im Gebirge arbeiten. Das wird damit begründet, daß es nicht ohne weiteres möglich sei, auch die Gehälter zu erhöhen. Wir sind aber der Auffassung, daß, wenn eine durchgehende Lohnerhöhung stattfinden soll, nicht bloß die Tagelöhner eine Lohnerhöhung von 20 Pfg. zu erhalten haben, sondern auch die Arbeiter bei Gelegenheiten haben müssen, einen Vorteil aus der beschlossenen Lohnerhöhung zu ziehen. Mir wird mitgeteilt, daß der Rückgang der Löhne in den Bergwerksbetrieben auf ein fortwährendes Reduzieren der Gehälter zurückzuführen sei.

Aus Lohnbüchern von Bergleuten in Bodenmais ist zu ersehen, daß der Durchschnittsverdienst in den letzten Jahren um 200 Mark zurückgegangen ist. Ebenso ergibt sich das aus verschiedenen Lohnbüchern von Leuten, die in Amberg beschäftigt sind. Löhne von 900 M., 800 M. und noch weniger sind keine Seltenheit, wie man sich bei Durchsicht der Lohnbücher überzeugen kann.

In Amberg besteht der Mißstand, daß Bergarbeiter und Plazarbeiter, die die ganze Woche in den Gruben und Holzplaz tätig sind, am Sonntag am Hochofen auszuweichen müssen und für diese Tätigkeit keinen Zuschlag zu ihrem Lohn erhalten. Das meine, wenn man den Leuten schon ihre Sonntagsruhe nimmt, wenn man sie dazu verpflichtet, außerhalb ihrer regelmäßigen Tätigkeit am Sonntag am Hochofen auszuweichen, wäre es sicher gerecht, ihnen auch einen entsprechenden Zuschlag für die außerordentliche Arbeitsleistung zu gewähren.

Im Finanzausschusse wurde schon erwähnt, daß in Bodenmais die Leute ihr Werkzeug selbst kaufen und auch selbst schärfen müssen, daß sie auf eigene Kosten Schmieden errichten und die Kosten dazu kaufen und daß sie, trotzdem sie für diese Arbeit täglich ein bis zwei Stunden aufzuwenden haben, dafür nichts bekommen. Die Bergleute sollen das selbst verlangt haben. Nach meiner Information trifft es aber nicht so allgemein zu, daß die Leute gewünscht hätten, die Schärfung der Werkzeuge und die Gestellung der Werkzeuge selbst vorzunehmen.

Ein Wunsch, der gewiß gerecht und auch durchführbar wäre, ist der, daß in den Salinen die Gehälter einheitlich geregelt werden sollten. Nach meiner Information werden in Reichenhall für 200 Zentner Salz 15,20 Mark an Lohn bezahlt, in Rosenheim dagegen nur 13,50 M. (Hört, hört! rechts.) Ich halte es für recht wohl möglich hier einen Ausgleich zu schaffen, um den Leuten für die gleiche Arbeitsleistung auch den gleich hohen Lohn zu geben.

Ein weiterer Wunsch, der von der Regierung als nicht durchführbar bezeichnet wurde, bezieht sich auf die Einführung der wöchentlichen Auszahlung. Es wird gesagt, weil im allgemeinen monatliche Abrechnungen gemacht werden, müßte unser Beamtenapparat noch viel mehr vermehrt werden und eine ungeheure Rechenarbeit entstehen. Ich kann heute noch nicht einsehen, warum es nicht möglich sein sollte den Leuten wöchentliche Abrechnungen zu geben. Die Berechnung kann deshalb doch so stattfinden, wie die Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung es für notwendig hält. Ich halte es für ein Unrecht, wenn man die Leute wochenlang auf ihren verdienten Lohn warten läßt.

Hinsichtlich der Sonntagsruhe wurde eine ganze Anzahl von Wünschen vorgebracht, von denen ich einen speziell herausgreifen möchte, der dahin geht, daß wenigstens an den sogenannten Zwischentagen früher Schichtschluß gemacht werden sollte. Mir wird versichert, daß das leichtlich vollständig durchführbar ist, daß die Salinenbetriebe deshalb ganz gewiß nicht so sehr beeinträchtigt werden, wie dies als Gegengrund geltend gemacht wird. In Rosenheim wird zunächst, wie erwähnt, verlangt, daß an Zwischentagen alle Pfannen ausgeföhrt werden.

Ein anderer Wunsch geht dahin, daß für die Berg- und Hochofenarbeiter und auch für die Heizer in den Salinen die achtstündige Arbeitszeit eingeführt werde. Da diese Leute an einem so ungesunden Arbeitsplatz beschäftigt sind, dürfte der Wunsch nicht zu weitgehend sein. Welch ungeheure Anforderungen stellt besonders der Beruf der Hochofenarbeiter an die Gesundheit! Ganz das gleiche dürfte auf die Heizer in den Salinen zutreffen. Im allgemeinen wird es wohl möglich sein, die Sonntagsarbeit fortsetzend einzuschränken. Mir wird zum Beispiel von Bergen mitgeteilt, daß die Löhne, die dort als durchschnittliche bezeichnet werden, meist nur dadurch zustande kommen, daß ein großes Ueberstundenwesen herrscht, daß die Leute wegen ihres geringen Verdienstes vielfach gezwungen sind Ueberstunden zu leisten. Was hier von den Ueberstunden gilt, trifft in anderen Betrieben auf die Sonntagsarbeit zu. Wenn die Leute außer der regulären Arbeitszeit stundenlang beschäftigt werden und Sonntagsarbeit leisten müssen, so sind die angegebenen Durchschnittslöhne einfach nicht richtig, weil das die Löhne für eine nicht normale Arbeitszeit sind.

Nach Mitteilungen, die mir zugegangen sind, besteht der Wunsch, daß für alle Tagarbeiter in Bergwerks-, Hütten- und Salinenbetrieben die Arbeitszeit so geregelt werden soll, wie sie auf Antrag des Herrn Oberregierungsrats Altendorfer in Rosenheim geregelt ist. Dort soll die durchschnittliche Arbeitszeit neun Stunden betragen. Die Leute in Rosenheim sind dafür dankbar und es ist auch ein Beweis, daß eine durchschnittliche Verkürzung der Arbeitszeit wenigstens bei gesundheitsgefährlicher Arbeitsleistung möglich ist. Für den Samstag wird Arbeitschluß um 3 Uhr, für die Vorkantene hoher Schicht um 4 Uhr früh erbeten. Vollständig unmöglich dürfte auch das nicht sein.

Ein Kapitel von außerordentlicher Bedeutung ist auch im Bereiche dieses Etats das Wohnungswesen. Wo die Verwaltung auf dem Gebiete der fortschrittlicher und vorbildlicher Weise etwas getan hat, wird das von den Arbeitern dankbar anerkannt. Davon kann man sich draußen in den Betrieben besonders da überzeugen, wo gesunde und moderne Wohnungen zu billigen Preisen zur Verfügung gestellt wurden. Von einer Anzahl Betriebe erfuhr ich indes, daß entweder zu wenig oder gar keine Wohnungen vorhanden sind. Besonders wird in Amberg darüber geklagt.

Auch das Kapitel der Behandlung spielt in den Betrieben der Bergwerks-, Hütten- und Salinenverwaltung keine allzu kleine Rolle. Wir sind es gewohnt, daß vom Regierungsgesicht aus ständig versichert wird: In unseren Staatsbetrieben ist das Qualitätsrecht vollständig frei. Manchmal, besonders von den Herrn Ministern, wird sogar erklärt, daß sie allen Verechtigungen des Qualitätsrechts aufs schärfste entgegengetreten würden. Troßdem wird in den einzelnen Werken nicht immer so gehandelt, wie das in anerkennenswerter Weise in diesem Hause von der Regierung als Grundgesetz ausgesprochen wird.

Ich muß doch noch auf das eine Beispiel in Berchtesgaden zurückkommen. Dort wurden in einer Versammlung die verschiedenen Mißstände des Werks kritisiert und im Lokalblatt erschien darüber ein Bericht. Daraufhin wurden zwei Leute des Werks, die an der Spitze der Organisation standen, als die vermutlichen Missetäter vor den Amtsvorstand geladen und von ihnen nicht mehr und nicht weniger verlangt, als in einer öffentlichen Erklärung zu bekommen, daß sie mit diesen Mitteilungen in der Presse nicht einverstanden seien. (Hört! rechts.) Dazu konnten sich die Leute nicht verstehen, weil sie überzeugt waren, daß das was in der Zeitung veröffentlicht wurde, richtig ist. Der Amtsvorstand machte nun von seiner Befugnis einen so weitgehenden Gebrauch, daß er den Leuten zunächst einmal die Kündigung anbot und daß sie dann tatsächlich auch die Kündigung erhalten haben. (Hört! rechts.) Erst auf wiederholtes Zureden wurden die Leute wieder beschäftigt. Ich anerkenne aber, daß die Zentralbehörde, das Finanzministerium und auch die Generaldirektion, eine andere Ansicht vertrat und mit allem Nachdruck betonte, daß sie mit einem solchen Vorgehen absolut nicht einverstanden sei. Ich meine jedoch, wenn die einzelnen Amtsvorstände vielleicht nicht doch die Ansicht hätten, daß sie in diesem ihrem Bestreben von der vorgelegten Behörde unterstützt würden, so würden sie doch überlegen, eine so aggressive Politik gegen die einfachsten Rechte der Arbeiter zu treiben. Deshalb möchte ich die Staatsregierung bitten, den Amtsvorständen draußen mit aller Deutlichkeit zur Kenntnis zu bringen, daß auf diesem Gebiete vollständige Freiheit herrschen soll.

Aus Amberg wird uns mitgeteilt, daß ein Bergmann auf zehn Tage wegen angeblicher Beleidigung des Amtsvorgesetzten verurteilt wurde. Ganz besonders wird in Bodenmais, Amberg, und Stockheim allgemein bezüglich der Behandlung durch die dortigen Vorgesetzten geklagt. Ich möchte doch bitten, daß den Leuten, die keiner allzu günstigen Verhältnisse sich erfreuen, eine solche persönliche Behandlung zuteil wird, daß sie sich nicht fortwährend darüber beklagen müssen. Ich habe auch die feste Ueberzeugung, daß die Staatsregierung ein so schmeißiges Vorgehen, wie man es draußen mondmal beliebt, nicht gut heißt. Das soll dann aber auch den äußeren Vorgesetzten zu Gemüte geführt werden, damit solche Fälle nicht vorkommen.

Im allgemeinen vertritt ich die Auffassung, daß eine so günstige Entwicklung der Löhne, wie die Generaldirektion behauptete, nicht stattgefunden hat, weil in fast die amtlichen Berichte der Bergwerksinspektoren nicht ein Sinken der Durchschnittslöhne bei den verschiedenen Werken konstatieren können. Daher möchte ich bitten, daß den Leuten, die in den Betrieben der Bergwerks-, Hütten- und Salinenverwaltung beschäftigt sind, hinsichtlich des Lohnwesens und der Festsetzung ihrer Gehälter etwas mehr entgegenkommen gezeigt werden soll, daß insbesondere auch das Kapitel der Arbeiterwohnungen nicht außer acht gelassen wird und daß endlich die Beschäftigten des X. und XI. Jahrs

es, welche die einstimmige Willensmeinung des Landtags gewesen sind, hinsichtlich der Ruhezeit, des Urlaubs und der Lohnsteigerung auch im Bereich der Bergwerks-, Hütten- und Salinenverwaltung durchgeführt werden.

Der Arbeitsmarkt in der Metallindustrie.

(Monat Mai 1910.)

Metall- und Maschinenindustrie

Ein Bericht aus Westdeutschland über die Eisenhüttenindustrie besagt, daß die Beschäftigung die gleiche blieb wie im Vormonate. Die Arbeiterabnahme war in diesem Jahre wesentlich geringer als um die gleiche Zeit des Vorjahres. An Arbeitskräften war Ueberangebot vorhanden.

Nach einem Bericht aus Mitteldeutschland war die Geschäftslage befriedigend.

Ueber die Beschäftigung der Stahl- und Walzwerke berichtet der Stahlwerksverband, daß die Verbandswerke ungefähr in demselben Maße beschäftigt waren wie im Vormonate. An Gesamtprodukten A (387 591 Tonnen) wurden 27 855 weniger versandt als im April des Jahres; dagegen stellte sich der Versand auf den Arbeitstag noch etwas höher als im April. Gegenüber dem Mai 1909 war die Beschäftigung der Werke etwas besser und der Versand um 9876 Tonnen höher.

Die Berichte über die Eisenindustrie Westdeutschlands weichen stark von einander ab. Einige Werke hatten gut, andere sehr gut zu tun, so daß Ueberarbeit nötig war. An bestimmten Arbeiterklassen war Mangel. Wieder andere Werke klagten über schlechten Geschäftsgang.

Ein Bericht aus Groß-Berlin spricht sich befriedigend aus. Gegenüber dem Vormonate wie gegenüber dem Vorjahre gingen umfangreichere Aufträge ein. Arbeiterangebote lagen in beschränktem Umfange vor. In einigen Abteilungen wurde mit Ueberstunden gearbeitet.

Auch in Sachsen lag das Geschäft zufriedenstellend, dagegen klagten die sächsischen Firmen.

Bei den Nickel-Feinblech- und Emailtfernerwerken hat sich im Vergleich zum Vormonate nichts geändert. Der Geschäftsgang befriedigte.

Ein Bericht über die Maschinenindustrie spricht sich über die Beschäftigung im Monate Mai gut aus. Im Vergleich zum Vorjahre wurden im Berichtsmoate gegen 150 Arbeiter mehr beschäftigt.

Die Drahtindustrie klagt; die Aussperrung im Baugewerbe hat hier störend auf den Inlandabsatz eingewirkt.

Der Bedarf an Messing und Kupfer in Blechen, in Stangen und Draht hat zugenommen.

Im allgemeinen Maschinenbaue lag das Geschäft in allen Teilen Deutschlands zufriedenstellend. Das gleiche gilt von der Dampfkesselindustrie.

Im Eisenkonstruktionsbaue lauten die Berichte nicht einheitlich. Teils waren die Werke gut und besser als im Vormonate beschäftigt, teils wurde das Gegenteil beobachtet. Arbeiter waren genügend vorhanden.

Recht günstig wird über den Geschäftsgang in der Industrie für Hebezeuge und Transportanlagen berichtet.

In der Textilmaschinenindustrie hielt der flotte Geschäftsgang an. Das gilt besonders von dem Bandwebstuhlbaue, wo sich sogar Arbeitermangel fühlbar machte, und von dem Baue von Appreturmaschinen, wo Ueberarbeit erforderlich wurde.

Auf den Fabriken für landwirtschaftliche Maschinen wirkten die guten Ernteaussichten günstig.

Von drei Berichten aus dem Bergwerksmaschinenbaue aus dem Westen Deutschlands lautet einer recht günstig. In diesem Betriebe mußte auch mit Ueberstunden gearbeitet werden. Von den beiden anderen spricht sich der eine befriedigend, der andere ungünstig über den Geschäftsgang aus.

Im Lokomotivbaue war die Beschäftigung nach je einem Bericht aus Nord- und Mitteldeutschland ansehnlich, dagegen nach einem Bericht aus Süddeutschland unbefriedigend.

Die Automobilindustrie zog Vorteile aus der eingetretenen Frühjahrssaison und war deshalb zufriedenstellend beschäftigt.

In den Berichten über den Eisenbahnenbau wird über unzureichende Beschäftigung geklagt. In mehreren Werken ist die 10stündige Arbeitszeit selbst bis auf acht Stunden herabgesetzt worden.

Bei den an das Kaiserliche Statistische Amt berichtenden Innungskrankenkassen der Metallverarbeitungs- und Maschinenindustrie mit insgesamt 12 685 Mitgliedern stellte sich am 1. Juni eine Zunahme von 177 männlichen und 12 weiblichen versicherungspflichtigen Mitgliedern abzüglich der Kranken heraus.

Eine Zunahme zeigen auch die Zahlen der Betriebskrankenkassen aus der Hütten-, Metallverarbeitungs- und Maschinenindustrie, die hier 558417 männliche bzw. 35 877 weibliche Versicherte vorliegen. Die Zahl der versicherungspflichtigen Mitglieder ohne Kranke hat sich um 2839 männliche und 331 weibliche vermehrt. In Rheinland und Westfalen wurden 1192, in Schlesien 96 männliche Arbeiter mehr beschäftigt.

Elektrische Industrie

In der Industrie für Dynamomaschinen, Elektromotoren, elektrischen Anlagen und Apparate gestieg

Als der Arbeitsmarkt im allgemeinen befriedigend. Bei einer weitdeutschen Fama erreichten die Arbeiter in der Gitterglockerei, Streicherei und Formation durch Androhung eines Generalstreiks eine Lohnerhöhung.

In der Kabelindustrie besserte sich das Geschäft im Vergleich zum Vormonat.

Die Isolatorwerke berichteten geteilt, hier mussten Feierschichten eingelegt werden, dort arbeitete man mit Überstunden.

Das Geschäft in elektrischen Beleuchtungsartikeln lag befriedigend; dagegen das in der Fabrikation für Fernsprechanparate mangelhaft; weiter gut blieb nach einem Bericht aus Bayern die Geschäftslage in der Industrie für elektro-medizinische Apparate.

Aus der elektrischen Industrie liegen Berichte der Betriebskrankenkassen über 40 325 männliche und 10 400 weibliche Mitglieder vor. Die Zahl der versicherungspflichtigen Mitglieder ohne Kranke war bei den männlichen Mitgliedern um 706, bei den weiblichen um 4 höher als am 1. Mai 1910.

(Reichsarbeitsblatt.)

Gewerkschaftliches.

Der Jahresbericht der christlichen Gewerkschaften für das Jahr 1909.

wird in Nr. 13 des „Zentralblattes“ der Öffentlichkeit unterbreitet. Wir können erst in der nächsten Nummer näher auf den umfangreichen Bericht eingehen und wollen uns heute auf einige Zahlenangaben beschränken.

Die Entwicklung der Mitgliederzahlen bewegt sich laut Bericht wieder in aufsteigender Linie. Im Jahresdurchschnitt 1909 zählten die christlichen Gewerkschaften 270 751 Mitglieder gegen 264 519 im vorausgegangenen Jahre, was eine Zunahme von 6 232 = 2,3% bedeutet. Bis zum Schlusse des Jahres 1909 dagegen stieg die Mitgliederzahl auf 280 061 gegen 260 767 um dieselbe Zeit des Vorjahres, so daß in Wirklichkeit die Mitgliederzunahme der christlichen Gewerkschaften in 1909 19 294 = 7,3% betrug.

Die Klassenverhältnisse zeigen noch deutlicher wie die Mitgliederzahlen, daß die christlichen Gewerkschaften die wirtschaftliche Krise gut überstanden haben. Die Einnahmen haben sich — im Gegensatz zu anderen Richtungen — noch gesteigert, wie aus folgender Zusammenstellung hervorgeht:

Jahr	Einnahmen Mk.	Ausgaben Mk.	Kassenbestand t.
1909	4 612 920	3 843 504	5 365 338
1908	4 394 745	3 556 224	4 513 409
1907	4 311 495	3 193 978	3 487 735
1906	3 378 833	2 709 260	2 370 782
1905	2 443 122	2 150 511	1 249 408

Der vorliegende Jahresbericht der christlichen Gewerkschaften ist ein neuer Beweis ihrer inneren Geschlossenheit und Festigkeit, die von den vielen Feinden und mächtigen Gegnern ringsum nicht durchbrochen werden kann. Er wird die christlichen Arbeiter mit frischem Mut und neuer Begeisterung zur energischen Weiterarbeit im Dienste unserer Ideale anspornen.

Der Regulator.

befast sich in seiner letzten Nummer wieder in zwei polemischen Notizen mit dem christlichen Metallarbeiterverband. In der ersten behauptet er, wenn sich das Organ des christlichen Verbandes mit dem „Regulator“ beschäftigen, habe die Sachlichkeit bei ihm auf. Ganz und gar nicht, wir können dem H.-D. Verbandsorgan im Gegenteil versichern, daß wir ihm gegenüber uns stets der strengsten Sachlichkeit befleißigt haben. Was uns der „Regulator“ einmal Fälle als Beweis anführt, wo wir die Auseinandersetzungen mit ihm vom sachlichen auf das persönliche Gebiet geleitet hätten. Wenn uns der „Regulator“ aber mit unheimlichen, unsachlichen Angriffen kommt, dann wird er uns doch, wahrlich die Wölfe nicht verübeln wollen. Wenn doch, ist ihm eben nicht zu helfen.

Bezüglich der Delegiertenkonferenz der kath. Arbeiter- und Knapperevereine in Dinslaken fängt es übrigens dem „Regulator“ nun doch allmählich an zu dämmern, daß der fragliche Beschluß von der Arbeitervereine selbst und nicht von den christl. Gewerkschaften gefaßt wurde. Jetzt kommt er noch mit der albernen Ausflucht, es frage sich doch, in welchem Umfange die Angestellten der christl. Gewerkschaften sich auf Geheiß Giesberts in diesen katholischen Arbeitervereinen bei der Abstimmung „breit gemacht“ hätten. Das ist nun wieder kapitaler Unsinn. In der betreffenden von etwa 120 Delegierten besuchten Konferenz der Arbeiter- und Knapperevereine war ja und schreibe ein einziger Angestellter der christlichen Gewerkschaften anwesend, nämlich der Referent Kollege Bergmann aus Duisburg. Und Kollege Giesberts ist an dem dort gefaßten Beschluß ebenso unschuldig wie der Redakteur oder Artikelschreiber des „Regulator“, denn Giesberts hat von dem Beschluß auch erst aus der Tagespresse Kenntnis erlangen können.

Wird das nun endlich dem „Regulator“ genügen oder wird er über diese ganz natürlich verlaufene Arbeitervereinskongress noch weiteren Unsinn verzapfen. Wir werden ihn nicht mehr darin stören, jeder blamiert sich ja so gut wie er kann.

In einer zweiten Notiz verbreitet das H.-D. Blatt den Vorwurf von sozialdemokratischer Seite wegen der Sammelgelder anlässlich der Bewegung von Badisch-Rheinsfelden weiter und meint, unsere Erwiderung darauf sei keine genügende Zurückweisung. Dem „Regulator“ können wir zu allererst das Recht einer diesbezüglichen

Verständigen Kritik einzuräumen. Solange der H.-D. Gewerkschaften der Metallarbeiter keine spezialisierten Jahresabrechnungen der Öffentlichkeit vorlegt, wie es seitens des christlichen Metallarbeiterverbandes geschieht, solange der H.-D. Verband seine Finanzgebarung in der bisherigen Weise verflechtet, solange hat er jedes Recht verweigert, an der Verwaltung des christlichen Metallarbeiterverbandes Kritik zu üben und Verdächtigungen auszustreuen. Mögen unsere Gegner in die Jahresberichte und die zweijährigen Geschäftsberichte des christl. Metallarbeiterverbandes ihre Nase hineinstecken; dort ist über jeden Heller und Pfennig Rechenschaft abgelegt.

„Sinterfrontmarchälle“.

Wie sich in den Köpfen der Scharfmacher der Arbeiterwelt wieder spiegelt, zeigen folgende Beschimpfungen, die sich die liberale „Kölnische Ztg.“ Nr. 632 vom 9. Juni 1910 gegen die Gewerkschaften und deren angestellten Beamten in einem Rückblick auf den Kampf im Baugewerbe erlaubt:

„Ueberhört man die hinter uns liegende Kampfzeit, so wird man vieler und schwerer Wunden gewahr werden, die vielleicht Jahre brauchen, bis sie völlig verheilt sind. Aber sie haben vielleicht doch ihr Gutes gehabt und beiden Parteien Lehren erteilt, die bei späteren Kämpfen nützliche Wirkungen zeitigen. Erkennt die Arbeiterchaft, daß ihr Fortbringen nicht ins Uferlose gehen dürfen, und lernt sie in dem Unternehmer allgemach den Gewerksgegnern schätzen, dessen Interessen auch die ihren sind, dann werden die Opfer nicht umsonst gefallen sein. Dann aber wird es vor allem nötig sein, daß sie ihre Berater und Führer mit gesundem Mißtrauen behandelt und daß sie das verständliche Verstreben dieser bezahlten Sinterfrontmarchälle, die ihre absolute Unentbehrlichkeit tagtäglich zu erweisen, eben als das bewertet, was es ist, als ein Gewerbe, das vom Kriege lebt, aber vom Kriege der andern. Daß der Hauptkammer von diesen viel geschäftigen Schürern ausgeht, hat man auch jetzt wieder deutlich erkannt. Ihre Zungen und Federn haben in wenig Wochen mehr Arbeiternot erzeugt, als die viel verklärte Unternehmerbrutalität in Jahren hätte zuzugebringen können. Die Arbeiter sind allzu leicht geneigt, den Einflüsterungen dieser Leute ein offenes Ohr zu leihen — zu ihrem eigenen bitteren Schaden!“

Zu diesen hohigen Beschimpfungen bemerkt zutreffend die „Baugewerkschaft“:

Das ist eine bodenlose, niederträchtige Gemeinheit. Darüber rechten wir mit dem „Kölnischen Blatt“ nicht, die hängen wir nur tiefer. Sie kennzeichnet den, der sie niederschrieb. Wir weisen nur darauf hin, daß gerade der Arbeitgeberbund für das Baugewerbe es war, der in einer Eingabe zum Arbeitsammergesetz die Wählbarkeit der Gewerkschaftsbeamten forderte, weil sonst das Gesetz seinen Zweck verfehlt. Diese Forderung stellt den „Sinterfrontmarchällen“ der Arbeiter ein anderes Zeugnis aus, wie das „liberale“ Blatt beliebt. Was sagt denn das Blatt über die Arbeitgebersekretäre, die Schmelzer in seinem Buch über die Tarifverträge als meistens verachtete Existenzen darstellt? Die Arbeiterführer können wenigstens von sich sagen, daß sie tüchtige Angehörige ihres Berufes waren und diesen jederzeit wieder ausüben können. Träfe das nicht zu, könnten sie die Interessen der ihnen Anvertrauten überhaupt nicht vertreten.

Eine ehrliche Kritik nehmen wir jederzeit in unserem eigenen Interesse gern hin. Aber ehrlich muß sie sein und aus der wirklichen Kenntnis der einschlägigen Verhältnisse herauswachsen. Was die „K. Z.“ tut, ist das nicht, weder eine reelle Klarstellung, noch Kritik. Außerdem beschimpft sie die Arbeiterführer in ungehörigster Weise. Bei dem Einfluß der „K. Z.“ bedauern wir das um so mehr, da hierdurch Ansichten und Vorstellungen geweckt werden, die das gerade Gegenteil von dem herbeiführen müssen, was das Blatt zu erreichen vorgibt.

Die württembergische Eisenbahnerbewegung

hat in den letzten Monaten schwere Kämpfe gesehen. In dem seit 11 Jahren bestehenden Verbands der württembergischen Eisenbahnunterbeamten und Arbeiter bestand seit längerer Zeit eine Krise, die im Oktober des vorigen Jahres zur Gründung eines neuen Verbandes geführt hat. Die beiden Verbände hielten dieser Tage (11. und 12. Juni) ihre Generalversammlungen ab; der neue Verband in Stuttgart, der alte in Biberach. Beide Verbände haben insofern wichtige Beschlüsse gefaßt, als jeder sich zum Anschluß an eine größere Gewerkschaftsgruppe entschied. Der neue Verband ist dem Gesamtverbande der christlichen Gewerkschaften beigetreten, während der alte sich dem Hirsch-Dunckerschens Gewerkschaften anschloß.

Der neue Verband wird zweifellos in absehbarer Zeit in Württemberg der dominierende sein. Er zählt heute schon 2200 Mitglieder, davon allein 800 in der Hauptstadt und dem Verkehrsknotenpunkt Stuttgart. Hier ist der alte Verband jetzt schon fast vollständig aus seiner früheren Position verdrängt; auch das Zugbegleitungspersonal, sowie der einflussreichste und strebsamste Teil der württembergischen Eisenbahnunterbeamten ist dem neuen Verbande bereits beigetreten. In einer im Anschluß an die Generalversammlung des neuen Verbandes am 12. Juni stattgefundenen sehr zahlreich besuchten Massenversammlung hielten Generalsekretär Stegerwald (Cöln) und Abg. Dauer (München) vom bayerischen Eisenbahnerverband mit

stürmischem Beifall aufgenommene programmatische Reden. Auch die Herren Abg. Graf (Zentr.), Hiller (Köln) und Roedel (Deutsche Partei) hielten in der Versammlung Ansprachen und wünschten dem neuen Verbande größtmöglichen Erfolg zu seinen Bestrebungen.

Internationale Gewerkschaftsstatistik.

Nach dem soeben vom internationalen Sekretär der sozialistischen gewerkschaftlichen Landeszentralen veröffentlichten Jahresbericht für das Jahr 1908 waren in 21 Ländern, für die statistische Nachweise vorliegen, insgesamt 9 308 057 Arbeiter organisiert gegen 9 029 980 im Jahre 1907. Infolge der ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse war in den meisten Ländern in der Zahl der organisierten Arbeiter ein Rückgang eingetreten, eine Erhöhung der Zahl der organisierten Arbeiter war hauptsächlich in England zu beobachten.

Nach dem Verhältnis der überhaupt organisierten Arbeiter standen Dänemark und Schweden an der Spitze; in Dänemark gehörten 48 Prozent der überhaupt ermittelten Arbeiter einer Arbeiterorganisation an, in Schweden 40 Prozent. Die Zahl der organisierten Arbeiter stellt sich auf 2 406 746 in England, auf 2 383 401 in Deutschland auf 1 588 000 in den Vereinigten Staaten, auf 715 576 in Frankreich, auf 546 650 in Italien, auf 482 279 in Oesterreich, auf 219 000 in Schweden, auf 147 058 in Belgien, auf 128 845 in den Niederlanden, auf 120 850 in Dänemark und auf 102 054 in Ungarn. In den übrigen Ländern wurden weniger als je 100 000 Organisierte gezählt.

Die christlichen Gewerkschaften Oesterreichs

veröffentlichen soeben die Ergebnisse im Jahre 1909. Danach zählte die Bewegung am Jahreschlusse 84 237 Mitglieder, 83 627 im Vorjahre. Die deutschen Organisationen haben sich gut vorwärts entwickelt, wohingegen die polnischen einen Rückschlag erlitten haben. Die tschechischen und slovenischen Verbände sind stationär geblieben. Holzarbeiter sind in allen Verbänden 2 998 organisiert; davon entfallen auf den deutschen Zentralverband und deutsche lokale Organisationen 1 280 Mitglieder; auf die tschechischen Vereine 1 594 und auf die slovenischen 124 Mitglieder.

Die Zentralorganisationen und die deutschen Lokalvereine zählten überhaupt 49 666 Mitglieder (gegen 45 035 im Jahre 1908) in 858 Ortsgruppen. Leider ist die Zersplitterung noch sehr groß, da neben 16 Zentral-Verbänden noch 18 lokale und Bezirksorganisationen bestehen. Die Gesamteinnahmen dieser Verbände beliefen sich im Berichtjahre auf 503 748,89 Kr., die Ausgaben auf 441 462,12 Kr. Das Gesamtvermögen der deutschen Verbände belief sich auf 244 748,89 Kr. Im Jahre 1909 bestanden 12 deutsche, ein slovenisches Gewerkschaftsblatt.

Sarabische Pachtwirtschaft

Ein neuer Vorstoß sarabischer Großindustrieller gegen die Koalitionsfreiheit und Menschenrechte ihrer Arbeiter hat die Gemüter in große Erregung gebracht. Ungekrönte Könige sind die Großindustriellen an der Saar in ihrem Reiche; Meinherrscher in des Wortes vollster Bedeutung. Diese Stellung der Gütermagazinen wird noch gefestigt durch unzählige unterwürfige Diener, die durch Knabuckeln nach oben hin versuchen, ihren Herrn und Meistern in der Unterdrückung und Rechtslosmachung der Arbeiterchaft Gelotendienste zu leisten. Als willensloses Werkzeug geben sich leider die Mitglieder der „gelben“ Almosenvereine, genannt Hüttenvereine, her. Dadurch wird ein System großgezogen, von welchem Professor Wagner gegenüber Dr. Tille sagte, es züchte keine freien Männer, sondern Sklaven.

Noch in aller Erinnerung ist der „Ruhm“, den im Jahre 1907 Herr Kommerzienrat Rarher aus Biedingen erntete, als er Arbeiter, welche 20—30 Jahre zu seiner vollsten Zufriedenheit bei ihm beschäftigt waren, entließ, nur weil sie Mitglied des katholischen Arbeitervereins waren. Dieser zweifelhafte „Ruhm“ ließ sich an dem die Verwaltung der Hüttenvereine Eisen- und Stahlwerke in Biedlingen nicht ruhen. Auch diese Verwaltung versucht in letzter Zeit, einen Druck auf die Mitglieder des katholischen Arbeitervereins Biedlingen auszuüben; nur weil dieser Verein die „Westdeutsche Arbeiterzeitung“ (Organ der Westdeutschen, katholischen Arbeitervereine) eingeführt hat. Da verschiedene Auforderungen und Drohungen an den Arbeiterverein seitens einiger „gelber“ Drahtzieher, die „Westdeutsche Arbeiterzeitung“ abzuschaffen, nichts nützen, erließ die Verwaltung der Hüttenvereine Eisen- und Stahlwerke in Biedlingen folgende Bekanntmachung durch Anschlag:

Bekanntmachung.

Der Vorstand des katholischen Arbeitervereins hat unterm 12. Mai schriftlich erklärt:

1. Daß er die, von einer großen Zahl von Mitgliedern (des „gelben“ Hüttenvereins, d. V.) beantragte Generalversammlung, in der über die Westdeutsche Arbeiterzeitung verhandelt wird, nicht einberufen wird;

2. daß er an der Westdeutschen Arbeiter-Zeitung auch in Zukunft als Vereinsorgan festhält.

Nachdem eine Verständigung mit dem katholischen Arbeiter-Verein gescheitert ist, erklären wir folgendes:

Wenn der katholische Arbeiter-Verein, trotzdem er die Möglichkeit, der von uns zitierten Zeitungsansprüche anerkennt und nicht entgegen will, daß die „Westdeutsche Arbeiterzeitung“ ein gewerkschaftliches Agitationsblatt ist und wenn er nicht zugibt, daß er mit dem Betrieb dieses Gewerkschaftsblattes die anti-gewerkschaftliche Tendenz unseres Arbeitervereines verlegt, so mag er über diese Logik Verständnis haben, wir nicht. Für uns steht das klar und fest vor Augen, daß wir zu sorgen und zu bekämpfen, daß einem Teil unserer Mitglieder vom kath. Arbeiter-Verein, wöchentlicher ein Blatt aufgenötigt wird, das unseren Wertverein aufs schärfste bekämpft und beschimpft. Wir werden daher eine reinliche Scheidung der Mitglieder beider Vereine herbeiführen. Wer bis zum 21. ds. Mts. bei dem unterzeichneten Präsidenten seine Erklärung noch nicht abgegeben hat, ob er in unsern Vereine oder im kath. Arbeiter-Verein bleiben will, wird ausgeschlossen. Niemand kann zwei Herren zugleich dienen. Ein ehrlicher Mann kann daher nicht einem Verein beizutreten, worin allwöchentlich ein gewerkschaftliches Agitationsblatt verbreitet wird. Durch diese Bewegung erleidet die deutsche Industrie Schaden. Ein echter Hüttenmann muß fest verbunden mit der Hütte sein. Wer daher nicht bis zum 21. ds. Mts. seinen Austritt aus dem kath. Arbeiterverein erklärt hat, gegen den wird dann sofort ein Verfahren eingeleitet werden.

Vereinigung der Arbeitervereine der Wöllinger Hütte.

Dieser unerhörte Gewaltakt, welcher in allen Kreisen der Bevölkerung, gleich welcher Konfession und Parteizugehörigkeit, einen Entrüstungsturm auslösen muß, wird noch greller beleuchtet durch die Tatsache, daß in der Zeitschrift der Wöllinger Hütte Werke nicht nur kein arbeiterfreundliches Blatt auflegt, (ob evangelisches oder katholisches), sondern an erster Stelle der sozialdemokratische „Vorwärts“. Ob dieses Blatt dazu dienen soll die Lehre eines Dr. Lillie von der Abstammung des Menschen den Hüttenarbeitern beizubringen?

Die Hüttenarbeiter des Saartebiers werden aus diesem Vorstoß gegen ihre persönliche Freiheit die richtige Nutzenwendung ziehen und sich zahlreicher wie bisher dem christlichen Metallarbeiterverband anschließen, denn nur dieser allein ist in der Lage, uns die Gleichberechtigung auf allen Gebieten zu erkämpfen. Nicht in „gelben“ Almosenvereinen, nicht durch Friererei und Liebedienerei, nicht durch ungratiosigkeit und Zusammenknicken nach „Oben“ können wir unsere Lage verbessern, sondern nur durch standesbewußtes Zusammenarbeiten im christl. Metallarbeiterverband. Daher auf Kollegen, durch Kampf zum Sieg!

Streik und Lohnbewegungen.

Rum Kampf in Falkau im Schwarzwald.

Der Streik der Schraubenarbeiter und Arbeiterinnen dauert nunmehr schon 10 Wochen. Er entstand, weil die Direktion der Draht- und Schraubenfabrik Falkau die Forderung der Arbeiter, die Löhne um 3 Pfg. pro Stunde zu erhöhen, ablehnte.

Die Firma, die ca. 130 Arbeiter beschäftigte, hat bekanntlich in den letzten 10 Jahren einen Reingewinn von mehr als 1 Millionen Mark eingeheimst. Das letzte Jahr betrug der Gewinn 114310,89 Mark bei einem Aktienkapital von 160 000 Mark. Es sollen aber „nur“ 50 % Dividende verteilt worden sein. Dafür hat aber der Herr Direktor, der ein Jahresnettoeinkommen von 14 bis 15 000 Mark bezieht, die „Meinigkeit“ von 10 000 Mark als Weihnachtsgeschenk erhalten. Der Gerechtigkeit halber dürfen wir aber nicht verschweigen, daß auch die Arbeiterschaft ein Weihnachtsgeschenk erhielt, das ihr aber bei jeder Gelegenheit, und besonders bei der jetzigen Lohnforderung von den Werkleitern vorgehalten wird. Dieses „größere“ Geldgeschenk, wie man es zu nennen beliebt, beträgt die „riesige“ Summe von 1 (einer) deutschen Reichsmark pro Person und Arbeitsjahr, das die Betroffenen im Betrieb tätig waren. Oder pro Arbeitstag, das Jahr zu 300 Arbeitstagen gerechnet rund ein Drittel Pfennig.

Die gezahlten Löhne schwankten bei den männlichen Arbeitern von 2,50 Mark bis 4 Mark und bei den Arbeiterinnen von 80 Pfg. bis 2 Mark pro Tag. — Daß bei solchen Verhältnissen die Schmachthe der gesamten Bevölkerung auf Seiten der Arbeiterschaft steht, ist kein Wunder. So schreibt zum Beispiel ein nach eigener Angabe nicht den Arbeiterkreisen angehörender Herr aus Frauenfeld in der Schweiz in Nr. 102 des „Hochwächter“ (Tagesszeitung in Neustadt i. Schwarzwald) folgendes:

„Frauenfeld, 5. Mai 1910. Wenn der Schwarzwälder im Auslande sein Heimatsorgan in die Hände bekommt, bedeutet es gleichsam einen frischen Atemzug aus würziger Lössluft der sein Heimathaus umgebenden schwarzen Wälder. Ein liebliches Bild von Schindeldächern, wilden Gebirgsbächen und friedlichen, arbeitamen Menschen taucht vor unserm Geiste auf und eine Art Heimweh will uns beschleichen. Nachdem wir uns zuerst auf der letzten Seite des „Hochwächter“ vergewissert haben, wer von unsern lieben Freunden und Bekannten durch den Tod entrisen wurde, interessieren uns auch die vielen Neuigkeiten aus Staats-, Privat- und Geschäftsleben der engern Heimat.

Da fällt uns u. a. eine in letzter Zeit zur Permanenz werdende Rubrik „Zum Streik in Falkau“ auf, welchen Punkt in Nachstehendem von einem Unbeteiligten ebenfalls einige Gedanken gewidmet sein sollen. Der Zufall fügte

es, daß Schreiber dieses vor circa 25 Jahren als Ober-Schüler die Falkauer Schulbank brückte. Manchmal kam es nun vor, daß mich mein Vater mit einem Bettel, gewöhnlich des Inhalts, daß Herr N. N. zu einem Abendessen in die „Krone“ freundlichst eingeladen sei, auf das Bureau der Betriebsleitung der Schraubenfabrik sandte. Wenn ich nun die Ermahnung meines Vaters, gleich wieder zurückzukehren, im Handumdrehen vergaß, und statt dessen mit meinen Altersgenossen von einer Arbeiterwohnung in die andere zog, so konnte ich vor allem als wohlgenährtes Kind gar nicht begreifen, warum die Leute auch immer soviel Kaffee tranken. Bewußt mußte dieser viel besser sein, als wie ich ihn zu Hause beim, denn mein Lieblingsgetränk war das durchaus nicht.

Seither habe ich ein gut Stück von der Welt gesehen, Land und Leute kennen gelernt; nun werde ich nach einem Vierteljahrhundert wieder an jene Fabrik erinnert und wird es mir klar, warum schon damals die Leute mit dem bekannten Getränk vorliebnahmen. Offen gestanden, wir Schwarzwälder — wir sind hier mehrere — fühlen etwas wie Scham vor unseren jugendlichen Freunden, daß es in dem von uns so viel gepriesenen herrlichen Schwarzwald vorkommen kann, daß in einer Fabrik, deren Aktionäre über 60 Proz. Tüchtige einsteden, wegen einer Mehrforderung von 3 Pfg. pro Stunde zum Streik gegriffen werden muß. Schon die Nächstenliebe müßte den Fabrikanten die Pflicht auferlegen, dem Arbeiter einen ausreichenden Lohn zu geben und ihn nicht übermäßig anzustrengen. Aber auch der eigene Vorteil gebietet es ihnen, die Arbeiter so zu stellen, daß sie sich gut ernähren können, um die für ihn zur Arbeit erforderlichen leiblichen und geistigen Kräfte zu bewahren. Der Lohn muß so bemessen sein, daß er nicht nur hinreicht zur Beschaffung genügender gesunder Nahrung, Kleidung und Wohnung. Der Arbeiter soll auch unvorhergesehene Ausgaben, wie sie Krankheit in der Familie, Schuldenzinsen u. dergl. bringen, decken und auch noch zu guter, erziehender und wirklich anregender Erholung das Nötige erübrigen können. Daß dies bei 2,50 bis 3 Mark ein Ding der Unmöglichkeit ist, ergibt eine kurze Zusammenstellung der nötigsten Ausgaben: Für eine menschenwürdige Wohnung wird man auch in Falkau 1 Mk. pro Tag rechnen müssen, ein Pfund Fleisch kostet ebenfalls eine deutsche Reichsmark, bleiben noch 50 Pfg. bis 1 Mark für Brot, Milch, Gemüse, Kleider und so vieles andere abzulösen. Woher soll da eine junge Mutter die Kraft für neues gesundes Leben, woher das Vaterland seine Soldaten nehmen? Aus dem so wenig philanthropischen Verhalten maßgebender Persönlichkeiten spricht auch eine große Despektation der Arbeiterschaft gegenüber im allgemeinen, deren Fleisch sie doch hauptsächlich ihren Reichthum zu verdanken haben. Wer für gelobtes Geld mehr wie 6 Proz. Zins verlangt, wird wegen Wucher bestraft. Ist eine solche hohe Dividendenausrichtung bei so niederen Löhnen nicht auch unmoralisch? Bei etwas mehr menschlichen Fühlen und Gerechtigkeitssinn von Seiten der Fabrikherren ließe sich die nützliche Sache in einem für beide Teile günstigen Sinne regeln.

Zum Schluß erwähne ich noch eine kleine Erinnerung aus meiner „Erstkläpperzeit“: Allwöchentlich fuhr ein einkommender, alter, bedürftiger Mann mit einem Hellschäfer durch Falkau, vor jedem Haus Halt machend und seine Würste anbietend. (Diese Episode ist mir sehr wohl noch im Gedächtnis, weil ich zum erstenmal in meinem Leben einen wirklichen Hjel sah.) Jedesmal hatte ich meine Freude an dem „sonderbaren Tier mit den langen Ohren“ und nicht weniger natürlich auch an der Wurst, die es dann gab. Da geschah es plötzlich, daß ich den Hjel umjost erwartete, ebenso die folgende Woche; er kam überhaupt nicht mehr. Auf meine Frage nach diesem „Wundertier“ erhielt ich die Antwort, der Herr Fabrikdirektor habe dem Wursthändler verboten, wiederzukommen. Zu meiner änderlichen Unschuld glaube ich den Grund bald entdeckt zu haben. Der Direktor hatte sich einfach vor dem grauen Tier gefürchtet. Einige Jahre später fiel mir ein, daß im Laden des reichen Fabrikdirektors — auch Würste verkauft wurden.

Auch in den Kreisen der Herren Aktionäre wird das Verhalten der Direktion und das Aufsichtsrates mißbilligt. In der gleichen Nummer des „Hochwächter“ steht ein von „Zwei Aktionären“ unterzeichnetes Eingekandt, das wie das Vorstehende auf einen der Artikel, die von der Bezirksleitung anderer Verbandes für Südwestdeutschland veröffentlicht wurden, Bezug nimmt. Dieses Eingekandt hat folgenden Wortlaut:

„In Nr. 98 des „Hochwächter“ findet sich ein Eingekandt, in dem die Mißstände mitgeteilt sind, wie sie seit Jahren in der Schraubenfabrik herrschen sollen. Wenn die geschilderten Mißstände auf Wahrheit beruhen, so ist die Handlungsweise der Direktion aufs schärfste zu verurteilen und es ist höchste Zeit, daß diese traurigen Zustände abgeschafft werden.“

Ferner hat die Direktion die Pflicht, nach dem der Metallarbeiterverband die Sache durch Veröffentlichung in die breite Öffentlichkeit hineingetragen hat, ebenfalls öffentlich zu den Angriffen Stellung zu nehmen. Schreibe die Direktion, so ist eben anzunehmen, daß sie die Summe nicht erhalten hat. Verschiedene Aktionäre glaubten, der betreffende Empfänger würde zu Gunsten der Arbeiter eine Stiftung machen, bis jetzt hat er aber das Geld ruhig in seiner Tasche behalten.

Für die Aktionäre der Falkauer Fabrik, die noch ein Herz für die Arbeiterschaft haben, ist es doch höchst peinlich, wenn solche mittelalterliche Zustände dort noch herrschen

und die Direktion hat dafür zu sorgen, daß baldigst der Friede hergestellt ist.

Die Direktion hat bis heute noch nicht das Geringste in der Öffentlichkeit verkünden lassen. In Nr. 104 desselben Blattes bedankt sich ein anderer Aktionär dafür, daß die Aktionäre den Sündenbock für die Direktion machen sollen, weil sich die Direktion hinter die Aktionäre verschänzte. Der Herr gibt dem Aufsichtsrat den Rat, etwas mehr „Wirtschaftlichkeit“ an die Öffentlichkeit kommen. Dies alles und nicht zuletzt die Standhaftigkeit und Solidarität der Arbeiter führte dazu, daß die Aktiengesellschaft am 30. Mai eine Generalversammlung abhielt, um zu der Sache Stellung zu nehmen. Das Resultat dieser Versammlung ist folgendes:

Protokoll.

„Zum Protokoll über die Generalversammlung der Aktiengesellschaft Draht- und Schraubenfabrik Falkau, vom 30. Mai 1910.“

„Die Generalversammlung pflichtet den Vorschlägen des Aufsichtsrats und der Direktion bei, wonach eine Lohnerhöhung, sowie eine Lohnregulierung in der Weise einzutreten soll, daß die Vorkasse für Schmeid- und Drehmaschinen nach der Leistungsfähigkeit der Maschinen festgesetzt und dieselben so gestellt werden, daß eine geübte, fleißige Arbeiterin einen durchschnittlichen Tagelohn von 2,50 bis 2,60 Mark, ein Arbeiter einen solchen von 3,70 Mark verdient. Somit werden die Vorkasse der Arbeiter so gestellt werden, daß Letztere 6—10 Proz. mehr verdienen, als bisher.“

Ferner wird beschlossen, daß die Löhne der Schlosser und Tagelöhner um den gleichen Prozentsatz erhöht werden und zwar, sobald die neuen Vorkasse mit Rücksicht auf die Umstellung der Maschinen festgesetzt werden können. Außerdem wird der Einführung des halbmonatlichen Zahlens, der Bildung eines Arbeiterausschusses, sowie der Errichtung verschiedener Wohlfahrtsvereinigungen zugestimmt.

Die Generalversammlung ermächtigt die Direktion, in dem sie diese, sowie den Aufsichtsrat von allen durch den Streik entstehenden Nachteilen entlastet, in neue Unterhandlungen mit den Ausständigen einzutreten auf Grundlage der vorbenannten Vorschläge; sie bestimmt, daß diejenigen circa 12 Arbeiter, welche den Streik hervorgerufen haben (? d. B.) in Zukunft in der Falkauer Fabrik unter keinen Umständen mehr beschäftigt werden dürfen, selbst auf die Gefahr hin, daß diese Bestimmung eine Verletzung des Streiks herbeiführen sollte.

Die Generalversammlung gibt ihrer Entrüstung Ausdruck gegen die Herrn Direktor Bennek seitens 2—3 Aktionäre durch die Presse zugefügten Angriffe und Kränkungen. Sie spricht ihrem über ein halbes Jahrhundert in Falkauer Werk tätigen Geschäftsleiter ihr volles und fortdauerndes Vertrauen aus.

Leuzkirch, den 30. Mai 1910.

(Bemerkung der Firma.) Unter Wohlfahrtsvereinigungen ist zu verstehen die Errichtung eines größeren oder zweier kleineren Arbeiterwohnhäuser, ferner die Gründung einer Kleinkinderschule unter Aufsicht einer katholischen Schwester.“

Draht- und Schraubenfabrik Falkau
6. Juni 1910. (Stempel.)

Darmit wären wohl die Forderungen der Arbeiter im großen ganzen bewilligt. Unverständlich ist aber, daß nicht alle Arbeiter wieder eingestellt werden sollen. Eine Versammlung der Streikenden, die sich mit dem zugefandenen Protokoll der Generalversammlung der Aktiengesellschaft befaßte, brachte ihre Ansicht in folgender Resolution zum Ausdruck:

„Die ausständigen Arbeiter und Arbeiterinnen der Draht- und Schraubenfabrik Falkau nehmen Kenntnis von dem Vorschläge der Firma. Dieselben erklären jedoch, daß sie mit dem Vorschläge im Punkte der Wiedereinstellung der Arbeiter nicht einverstanden sein können. Die heutige Versammlung spricht ihre Entrüstung darüber aus, daß ruhige, fleißige Arbeiter und Arbeiterinnen nicht wieder eingestellt werden sollen, obwohl sachhaltige Gründe nicht dafür vorgebracht werden können. Die Begründung, daß die in Betracht kommenden 7 Arbeiter und Arbeiterinnen „den Streik hervorgerufen haben“ ist eine vollständig irrige, denn derselbe ergab sich erst aus dem ablehnenden Verhalten der Firma. — Die Versammlung hofft, daß der Passus über die Wiedereinstellung dahin abgeändert wird, daß in dieser Beziehung keine Ausnahme gemacht wird.“

Dann bedarf auch der Punkt über die Lohnerhöhung einer genaueren Fixierung, die eine mehrfache Auslegung unmöglich macht.

Die Versammlung hofft ferner, daß sich der Aufsichtsrat und die Direktion bereit erklären, zu einer nachmaligen Besprechung zusammenzukommen, um sich über diese Punkte auszusprechen. Dadurch würde vielleicht die Möglichkeit gegeben, eine Einigung herbeizuführen und einen weiteren Kampf zu vermeiden.“

Nachträglich hat die Firma die Zahl 12, die im Generalversammlungsprotokoll genannt ist, auf 7 festgesetzt. Es ist dabei eine Witwe mit 2 Kindern, die mit der Bewegung überhaupt nichts zu tun hatte, ebenso die drei anderen Frauen, als daß sie sich solidarisch erklärten und mit den andern die Arbeit niederlegten. Die Behauptung, daß diese sieben Arbeiter den Streik hervorgerufen hätten, ist so hinfällig, daß sie nicht einmal von dem Vertreter des Herrn Fabrikdirektors, dessen Sohn, Herrn Bennek, anrecherhalten wird. Derselbe versicherte mehrmals unserm Zentralvorsitzenden Kollegen Weber und dem Bezirksleiter Kollegen Kühn gegenüber, daß die Gründe nicht erst seit dem Streik vorlägen, sondern schon seit einer Reihe von Jahren vorlägen. Es wurde auch zugegeben, daß den Sieben in keiner Weise etwas Uebles nachgesagt werden kann. Es bleibt nur noch die Annahme, daß verschiedene „Lieblinge“ der Direktion, denen man in sittlicher und moralischer Hinsicht nicht das beste Zeugnis aus-

stellen kann, ein Interesse daran haben, daß die Leute, die den Mut haben, ihren hervorstechendsten Einigen entgegenzutreten, aus dem Betrieb entfernt werden. Tatsächlich sollen drei dieser Arbeiter und Helfershelfer der oben genannten „Sittlichkeitsapostel“ versucht haben, die Direktion gegen die Streik hart zu machen. Üblicher Weise sind aber auf dies hin 5 andere Arbeitswillige bei der Direktion vorstellig geworden und haben verlangt, daß die Streikenden alle wieder eingestellt werden.

Es wäre nur zu begrüßen, wenn die ehrlichen Elemente unter den Arbeitswilligen dadurch den Schaden, den sie sich und der gesamten Arbeiterschaft durch ihre Mausesteherei zugefügt haben, in etwa wieder gut machen würden, daß sie jetzt noch auf die Seite der Streikenden treten. Dazu dürfte es aber nicht bei den Worten bleiben, sondern es müßte durch die Tat geschehen. Inzwischen dauert der Streik noch an. Wir ersuchen alle Arbeiter und Arbeiterfreunde, die Falkauer Arbeiter auch in dieser letzten Phase des Kampfes zu unterstützen und bis auf weiteres huzug fernzuhalten.

Metallarbeiterausperrung in Lünen-Wethmar.

Unlänglich der Aussperrung in der hiesigen Metall-Industrie hatten die beiden Gemeinderatsmitglieder der Gemeinde Lünen, Wesler und Schäfer, die zugleich Mitglieder des christl. Metallarbeiterverbandes resp. des Gewerkerates christl. Bergarbeiter sind, zwei Petitionen an den Gemeinderat gerichtet. In der ersten beantragten dieselben Notstandsarbeiten für die ausgesperrten Arbeiter, in der zweiten wurde darauf hingewiesen, daß zu Mitte Juli einer größeren Anzahl Arbeitern der „Westfalia“ die Wohnungen gekündigt sind. Es wurde angefragt, welche Maßnahmen der Gemeinderat zu ergreifen gedenkt, um einer Auswanderung dieser Arbeiter aus der Gemeinde vorzubeugen. Es kommen dabei allein 24 Mitglieder des christlichen Metallarbeiterverbandes in Frage.

Die in Betracht kommende Sitzung fand am Mittwoch, den 22. Juni, statt. Nachdem Herr Amtmann Busch von Vork im Mai des vergangenen Jahres auf den Verlauf des damaligen Bauarbeiterstreiks in Vork einen sehr ungünstigen Einfluß ausgeübt hatte, war man seitens der Arbeiterschaft gespannt, welchen Standpunkt er zu den Anträgen einnehmen würde. Sein Verhalten hat noch alle Erwartungen übertroffen. Zuerst wurden die Anträge überhaupt nicht auf die Tagesordnung gestellt, was damit motiviert wurde, daß es sich hier um politische (!) Angelegenheiten handle, die den Gemeinderat nichts angingen. Als obengenannte Gemeinderatsmitglieder die Fragen anknüpften, wurde erklärt, daß zu Notstandsarbeiten keine Veranlassung vorliege. Bei den zur Tagesordnung stehenden Punkten: „Instandsetzung bzw. Ausbau der Schulstraße in Nordlünen“ und „Kanalkanisation der Kirchhofstraße“ wurde beschlossen, dieselben nicht als Notstandsarbeiten auszuführen zu lassen, sondern an Unternehmer zu vergeben. Ebenso lehnten es der Herr Amtmann und Gemeinderat ab, in der Wohnungsbeschaffung irgend welche Schritte zu unternehmen, trotzdem das Gemeinderatsmitglied Direktor Schulz von der „Westfalia“ es ablehnte, eine Erklärung abzugeben, ob die Wohnungen auch über die Kündigungszeit inne behalten werden könnten.

Um diese Stellungnahme richtig würdigen zu können, muß bemerkt werden, daß die Arbeiter der „Westfalia“ nicht etwa im Streik sich befinden, sondern von Herrn Schulz entlassen und sämtliche Werte und Sachen für dieselben gesperrt wurden. Die Arbeiter haben auch bis heute noch keine Forderungen gestellt. Die Arbeiter von Lünen-Wethmar haben aus dieser Sitzung und deren Verlauf wieder gelernt.

Herr Direktor Schulz der „Westfalia“ hatte es früher verstanden, sich mit einem Nimbus von Humanität zu umgeben. Dies war einer der Hauptgründe, die die Arbeiter der „Westfalia“ bewogen haben, im Gegensatz zu den übrigen Firmen keine Forderungen zu stellen. Jetzt kennen die Arbeiter auch die Absicht gewisser Herren, die bisher als Arbeiterfreunde gelten wollten. Der Amtmann von Vork hatte am 18. Juni 1909 bei dem Bauarbeiterstreik in Vork eine Bekanntmachung erlassen, in der er unter anderem schrieb:

„Ihr Arbeitnehmer von Vork und Selm!

Kein Eingesehener des Amtsbezirks wird zu behaupten wagen, daß ich es nicht immer gut mit den Arbeitern gemeint habe, und so darf ich auch nochmals bitten, laßt euch nicht länger von Leuten, die es nicht gut meinen, sondern nur eigene Interessen verfolgen, betören.“

Jetzt hatte der Amtmann Gelegenheit, zu zeigen, wie gut er es mit den Arbeitern meine. Ziemlich griß er laßtkräftig in den Streit ein, und diesmal erklärte er, man dürfe sich nicht zwischen die beiden streitenden Parteien mengen. Worin ist diese Aenderung der Ansicht zu suchen? Wohl darin, daß damals die Arbeiter im Streik standen, diesmal aber die Arbeitgeber ihre Arbeiter auf die Straße geworfen haben. Jetzt hat der Herr Amtmann kein Wort der Verurteilung. Ja, Bauer, das ist auch was ganz anders! Die Arbeiter wissen, daß sie sich nur auf eigene Kraft verlassen können und werden den ihnen aufgezwungenen Kampf, der sich ausschließlich gegen die Arbeiterorganisation richtet, mit Zähigkeit weiterführen. Sie sind dabei der Sympathie und Unterstützung der Einwohnererschaft von Lünen und Umgegend gewiß.

Der Streik auf der Olberger Hütte

dauert nun schon in der achten Woche. Die Formerkollegen stehen noch genau so fest wie zu Beginn der Bewegung. Nur zwei Formere sind abgefallen, dieselben werden aber auf den Gang der Dinge keinen Einfluß ausüben. Inzwischen hat unsere Bezirksleitung in einem größeren Flugblatt die Ursachen des Kampfes nochmals eingehend dargelegt, jedoch wir an dieser Stelle nicht mehr weiter darauf eingehen brauchen. Hervorgehoben aber muß werden, daß von Seiten der Werkes als auch des Arbeitgebers

verbandes Oberhaupt die Formerkollegen als verbummelte Menschen hingestellt werden, außerdem sollten die mit dem Ausbruch des Gusses betrauten Personen von den Formern mit Knochen knappt schlagen bedroht worden sein. Die Haltung der Kollegen im Kampf widerlegt diese Behauptungen aufs glänzendste. Trotzdem die Arbeiter sehr schwer gereizt worden sind, ist seitens der kämpfenden Kollegen nicht das geringste vorgekommen. Die Firma sucht nun in auswärtigen Zeitungen Arbeitswillige. Wir ersuchen unsere Kollegen im ganzen Land, namentlich in Sachsen und Thüringen, Aufklärung zu schaffen und den Zugzug fernzuhalten. Die Sache der kämpfenden Formere in Olberg ist gerecht und muß daher im Sinne der Gerechtigkeit beendet werden.

Differenzen bei der Firma „Union“ A.G. für Eisenhoch und Brückenbau in Essen-Muhr.

Wie aus der Nr. 26 unseres Verbandsorgans hervorgeht, ist von Seiten der Organisationen über die Firma „Union“ Essen (Muhr) die Sperre verhängt worden. Das hat seinen Grund hauptsächlich in den schlechten Lohnverhältnissen. Die Firma „Union“ für Eisenhoch- und Brückenbau beschäftigt zirka 4- bis 500 Arbeiter, von diesen wechselt aber monatlich 80 bis 100 Mann ihre Arbeitsstätte infolge der schlechten Behandlung und Bezahlung. Schlosser haben dort einen Lohn von 30-42 Pfg. pro Stunde. Besonders an den Arbeiten, an denen ein Aufwand gearbeitet wird, werden die Preise mehrere Male im Jahre revidiert, aber nur mit dem Erfolg, daß den Arbeitern abgezogen wird. Beschweren sich die Arbeiter dieserhalb, so werden sie damit vertröstet, daß sie durch Ueberstunden ihren Lohn erhöhen können.

Weil nun gerade in den letzten Monaten, trotz der größten Anstrengungen, die Löhne immer mehr zurückgingen, wurde in einer Versammlung beschlossen, daß die beteiligten Organisationen die Wünsche der Arbeiter in einer Eingabe der Firma übermitteln sollten. Die Antwort der Firma lautete: „Wir erkennen keine Organisation an, wir verhandeln nur mit unsern Direktoren. Wenn die Arbeiter Wünsche haben, so ist unsere Direktion immer bereit, dieselben anzuhören und zu erfüllen, wenn sich dieselben mit den Interessen unseres Werkes vereinbaren lassen.“

Auch diesem Wink seitens der Firma folgten die Arbeiter. Eine Kommission wurde gewählt, um die Wünsche der Arbeiter vorzutragen. Es wurden gefordert: Eine allgemeine Lohnausbesserung von 15 Proz. und für Ueberstunden 25 Proz. Zuschlag, sowie die Einsetzung eines Arbeiterausschusses. Das einzige, worin die Firma ein Entgegenkommen zeigte, war die Genehmigung, daß der Vorstand der Krankenkasse als Arbeiterausschuß funktionieren und zu diesem Zweck ergänzt werden könne, und daß die Klosettanlagen des öfteren gereinigt werden sollten. Hieraus ergibt sich, daß alles das, was die Arbeiter wünschen, mit den Interessen der Firma nicht zu vereinbaren ist. Wie die Firma „Union“ sich auf einen solchen Standpunkt stellen kann, ist nicht zu verstehen, da sie selbst in ihrem Geschäftsbericht (Nr. 651 der Rhein-Westf. Stg.) zugibt, daß die Produktion in den letzten Monaten eine Steigerung, dagegen die Löhne und Unkosten eine Abnahme erfahren hätten.

Daß die Löhne bei der „Union“ so unzureichend sind, ist nicht in letzter Linie auf die Schmutzkonkurrenz gegen die anderen Werke zurückzuführen, wie dieses von Angestellten eines Werkes gleicher Branche öffentlich zugegeben wurde. Es wurde bei der Gelegenheit erklärt, daß in dem betreffenden Werke keine besseren Löhne gezahlt werden könnten, weil die Firma „Union“ die Preise anderer Werke bei jeder Gelegenheit unterböte. Daß die Firma „Union“ aber auch bessere Preise bezahlen kann, beweist, daß nach dem die Sperre verhängt worden ist, den zureichenden Schlossern sofort 46 Pfg. Stundenlohn, anstatt wie bisher 30-42 Pfg. geboten werden. Wir hoffen, daß auch die Firma „Union“ einsehen wird, daß sie mit zufriedenen, seßhaften Leuten besser fahren wird, als mit unzufriedenen Elementen, die diesen Betrieb für einen Taubenschlag ansehen. Die übrigen Kollegen aber bitten wir, ihre im Kampfe stehenden Kollegen zu unterstützen, indem sie selbst diese Arbeitsstätte meiden und für strenge Einhaltung der Sperre Sorge tragen.

Differenzen bei der Firma Lang in Mannheim.

Die Arbeitsverhältnisse bei der Firma Lang in Mannheim sind gewiß nicht die schlechtesten unter den hiesigen Großfirmen. Damit soll allerdings nicht behauptet werden, daß hier gar nichts reformbedürftig sei; im Gegenteil haben die Arbeiter auch in diesem Werk noch manche Mißstände zu beklagen und berechnigte Wünsche zu erheben. Ein Hauptübelstand liegt in dem Verjagen des bestehenden Arbeiterausschusses, der ausschließlich von Sozialdemokraten besetzt ist. In dieser Tatsache liegen auch die Differenzen begründet, die in den letzten Tagen den Frieden zwischen dem Werk und der Arbeiterschaft ernstlich bedrohen.

Der Sachverhalt ist folgender: Bisher wurde jedem Arbeiter der Firma Lang von 8 Dienstjahren ab ein Urlaub erteilt, und zwar bei 8-10-jähriger Dienstzeit 6 Tage, bei 1-15-jähriger Dienstzeit 9 Tage, bei 15-20-jähriger Dienstzeit 12 Tage, bei über 20-jähriger Dienstzeit 15 Tage bei voller Bezahlung des Durchschnittsverdienstes im vergangenen Jahr.

Für den Ausfall der Arbeitszeit wurden dann je nach Bedarf Ueberstunden eingelegt, was die Arbeiter wie der Arbeiterausschuß lange Zeit ruhig hinnahmen, ohne den geringsten Widerspruch zu erheben.

Wöchlich wurden nun in der vergangenen Woche von der hiesigen Verwaltungsstelle des deutschen Metallarbeiterverbandes eine Anzahl Werkstattversammlungen durch radikal gehaltene Flugblätter einberufen, die sich mit dem Ueberstundenwesen wie

sonstigen Mißständen bei der Firma Lang beschäftigten sollten. Die Antwort der Lang'schen Werksleitung erfolgte in der Gestalt folgender Bekanntmachung die als Anschlag im Werk zum Aushang kam:

Mannheim, 17. Juni.

In einem Flugblatt wurden die Arbeiter der Lang'schen Fabriken zu großen Werkstatts-Versammlungen aufgefordert, um die „unhaltbar gewordenen Zustände“ bei der Firma zu besprechen und Schritte zu deren Beseitigung zu unternehmen. Als Referent zeichnet der Geschäftsführer der freien Gewerkschaften. Als hauptsächlichsten Anlaß zu diesen Zusammenkünften werden die Löhnerverhältnisse angeführt, die ein höheres Verdiensteinkommen der Arbeiterschaft erforderlich machen.

Ich konstatiere, daß der Durchschnittsverdienst der Lang'schen Arbeiterschaft einschließlich sämtlicher Lehrlinge und Tagelöhner seit 1905 bis zum heutigen Tage — also in einer Periode ungünstigster Konjunktur — über 24 Prozent in die Höhe gegangen ist und heute 5,95 Mk. täglich beträgt!

Ein weiterer Punkt der Diskussion in den Werkstattsversammlungen betrifft das „Ueberstundenwesen“. Hierzu möchte ich erklären, daß ich zur Ueberstundenarbeit habe greifen müssen einerseits, weil in der Landwirtschaft in diesem Jahre eine unterhältnismäßig frühe und nicht ungünstige Ernte zu erwarten ist, die eine frühzeitige Ablieferung der landwirtschaftlichen Maschinen bedingt. Andererseits aber zwingt mich zur Ueberstundenarbeit die Gewährung eines Urlaubs an einen großen Teil der Arbeiterschaft.

Mit der Einführung dieses Urlaubs glaubte ich seiner Zeit eine soziale Tat zu vollbringen, für die ich den Dank der Arbeiterschaft zu ernten hoffte. Leider scheint jedoch die Einsicht nicht allgemein zu sein, daß die durch die Urlaubsbewilligungen ausgefallene Arbeit andererseits in Zeiten guter Beschäftigung durch vermehrte Arbeitsleistung wieder eingeholt werden muß. Im Gegensatz hierzu habe ich doch auch in schlechten Zeiten vermeiden, Arbeiter zu entlassen und lieber zu dem für die Fabrik sehr unvorteilhaften Mittel gegriffen, die Arbeitszeit einzuschränken, unbeschadet der Urlaubsbewilligungen.

Um aber dieses „Ueberstunden-Uwesen“ möglichst einzuschränken oder gar zu vermeiden, bestimme ich hiermit, daß von heute ab der Urlaub an Arbeiter bis auf weiteres unterbrochen wird. Die Erfüllung des wiederholt geäußerten Wunsches, die Urlaubsgewährung auch auf solche Arbeiter auszudehnen, die noch nicht das für den Urlaub bestimmte Mindestalter von 8 Jahren zurückgelegt haben, muß naturgemäß an einem solchen Mangel an Einsicht scheitern. Auch für die nächsten Jahre muß ich mir deshalb meine Entschlüsse über die Urlaubserteilungen vorbehalten.

Als dritter Punkt der Einberufung zu den Versammlungen werden „Mißverhältnisse“ allgemeiner Art angegeben. Es drängt sich mir da die Frage auf: Wo bleibt der Arbeiterausschuß? Warum tragen die Herren des Arbeiter-Ausschusses solche Mißstände nicht der Direktion oder mir vor? Hat der außersichende Referent bei den Werkstattsversammlungen einen besseren Einblick in die Verhältnisse der Firma, als die mitten im Betrieb stehenden Mitglieder des Arbeiter-Ausschusses?

Die wiederholte Beunruhigung der Industrie durch das Vorgehen der Gewerkschaften und die hieraus sich ergebende Unmöglichkeit, sich den jeweiligen Wirtschaftsverhältnissen anpassen, zwingt mich zu meinem lebhaften Bedauern zu der Maßnahme, die Urlaubsgewährung an die Arbeiter bis auf weiteres aufzuheben, trotzdem ich überzeugt bin, daß ein großer Teil der Arbeiterschaft nicht nur mit dem Vorgehen der freien Gewerkschaften nicht einverstanden ist, sondern die guten Arbeitsverhältnisse bei der Firma anerkennt.

Dr. Karl Lang.

Ausperrung in Elbing

Am 7. Juni wurde die gesamte, 500 Mann zählende Belegschaft der Maschinenfabrik Kommit ausgesperrt. Seit langer Zeit hatten die Formere — etwa 30 Personen — mit der Firma wegen Aufstellung eines Preisverzeichnisses verhandelt und schließlich ein solches vereinbart. Die Firma weigert sich jedoch, die Gültigkeit dieser Vereinbarungen unterschreiben anzuerkennen. Um die Firma zur Unterschrift gezwungen zu machen, forderten die Formere die Unterabteilung gerade vor der Zeit des Streiks. Die Firma lehnte ab und sperrte die gesamte Arbeiterschaft der alten Fabrik aus. Ferner ging die Firma zur Gründung eines gelben Wertvereins über, wenigstens hat die Firma durch öffentliche Bekanntgabe 6000 Mk. Almosen zu diesem Zweck gestiftet.

In den Zeitungen werden Formere und solche, welche das Formerehandwerk lernen wollen, „unter günstigen Bedingungen“ gesucht. Auch der Werkmeister Gerlich durchfährt Deutschland, um arbeitswillige Formere zu werben. Er wird nicht viel Glück haben. Am 11. Juni erhielten gegen 50 Schlosser und sonstige Arbeiter die Abfuhr. Mit den übrigen wurde am 13. Juni der Betrieb wieder aufgenommen. Die Formere aber verharren weiter im Streik. Zwei christlich organisierte Arbeiter sind von der Bewegung in Mitleidenchaft gezogen, die Formere sind ausschließlich im sozialdemokratischen Metallarbeiterverband organisiert. Die Elbinger Metallarbeiter, die durchweg sehr schlecht organisiert sind, dürften aus diesem Vorgang lernen, sich in viel stärkerem Maße für die Organisation zu interessieren. Wie der Fall Kommit zeigt, wurden durch die Differenzen der 30 Formere mit der Firma 500 andere unbeteiligte Arbeiter in Mitleidenchaft gezogen und aufs Straßenspaster gesetzt. Wie leicht kann dies nicht auch in den großen Schiffsbauwerken betrieblen eintreten? Jeder weißblickende Arbeiter baut vor.

Im ureigensten Interesse hat die Elbinger Arbeiterschaft allen Grund, sich mehr gewerkschaftlich zu betätigen. Die Lohnverhältnisse sind geradezu tragisch, trotzdem im Lokomotiv- und Schiffsbau, wie aus den Jahresberichten der Aktiengesellschaften anderer Unternehmen hervorgeht, schwere Gewinne eingehemft werden.

Eine unverständliche Haltung nimmt die Elbinger Sozialpresse hinsichtlich der Arbeiterbewegung ein. Es scheint, daß diese Presse ihre Aufgabe, die doch eine volkreiche erzieherische sein soll, nicht versteht. Von einem auf

Närenden und fördernden Vorgehen hinsichtlich der christlich-nationalen Arbeiterbewegung ist leider nicht die Rede. Die Sozialdemokratie hat hier leichtes Spiel, was die Zukunft noch mehr als die Gegenwart lehren und bestätigen wird.

Im Zusammenhang hiermit sei noch eine sozialdemokratische Parteiverammlung erwähnt, welche am 12. Juni stattfand, und in welcher der soziald. Parteisekretär Griespian allerlei Lügen über unsern Verband ausstrotzte. In der Versammlung rebellen der Abgeordnete Hoffmann-Berlin und Griespian-Danzig. Die angekündigte freie Diskussion, von der unser Bezirksleiter Minter Gebrauch machen wollte, wurde, alle parlamentarischen Regeln mit Füßen tretend, verweigert. Der so mehrlos gemachte Gegner wurde dann nach allen Regeln der Kunst heruntergerissen. Es wurde sogar behauptet, Minter sei der Vertreter eines gelben Verbandes, sei nach Elbing gekommen, um die Kommunisten Arbeiter zu verraten und erhalte dafür von Kommunisten 6000 Mark. Wir erwähnen diesen Fall nur, um die feige und ebenso lügenhafte Agitationsmethode der roten Freiheitshelden zu charakterisieren.

Die Aussperrung in Hagen-Schwelm

geht weiter. In der vorigen Woche war in der Presse die Anregung aufgetaucht, über die Einführung des Unternehmerarbeitsnachweises eine Urabstimmung der Arbeiter stattfinden zu lassen. Die Arbeiter erklärten sich hierzu bereit, ebenso die Unternehmer. Als es aber zur Abstimmung gehen sollte, änderten die Unternehmer ihre Stellungnahme und zogen ihre Zusage zurück.

Statt dessen erließen sie eine Bekanntmachung, worin die Öffnung der Betriebe für den 23. und 24. Juni angekündigt wurde. Falls sich genügend Arbeiter zur Wiederaufnahme der Arbeit melden würden, sollten Montag, den 27. Juni die Betriebe im vollen Umfang wieder in Tätigkeit gesetzt werden. Es meldeten sich aber nicht viele, so daß die Frist zur Anmeldung dann bis zum 28. Juni verlängert wurde. Ob sich dann die gewünschte Zahl melden wird, läßt sich z. Bt. noch nicht übersehen, ist aber auf alle Fälle zweifelhaft, so daß mit der Fortdauer des Kampfes gerechnet werden muß. Aussicht auf baldigen Frieden ist leider wenig vorhanden.

Die unorganisierten Arbeiter werden aus diesem Kampfe die Ueberzeugung gewinnen, daß sie fürderhin ohne Organisation nicht mehr existieren können.

Zur Beachtung. Bei allen Lohnbewegungen ist jede Woche vor Redaktionsschluss ein Bericht, wenn auch nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung einzuliefern, andernfalls fällt die Warnung vor dem Zugang fort.

Walden. In der Stahlformerei der „Westfälischen Stahlwerke“ sind Differenzen ausgebrochen.

Sundern bei Arnberg i. W. Zur Verteidigung des Koalitionsrechts stehen die Arbeiter der Firma Anton Arnberg im Streit.

Falkau (Waden). In der Draht- und Schraubenfabrik Falkau (Aktien-Gesellschaft) stehen die Arbeiter im Streit.

Ghlungen. Bei der Firma J. Dunderstadt sind die Flaschner wegen Lohnunterschieden in den Streit getreten. Ueber den Betrieb ist die Sperre verhängt.

Hagen-Schwelm. Der Unternehmerverband für den Industriebezirk Hagen-Schwelm hat 50 Prozent sämtlicher Arbeiter ausgesperrt.

Essen. Ueber die Eilenhoch- und Brückenbau-A.-G. Union ist die Sperre verhängt worden.

Märuberg. In der Traktorsfabrik Lechner und Schlegel stehen die Arbeiter wegen Lohnforderungen im Streit.

Danzig. Bei der Firma Kirckberger in Ohra bei Danzig sind wegen Bezahlung der Ueberstunden Differenzen ausgebrochen.

Essen-Kettwig. Der Streit bei der Firma Gebrüder Ruhmann, Kettwig an der Ruhr ist aufgehoben. Die Sperre bleibt aber bestehen. Zugang ist nach wie vor strengstens fernzuhalten.

Disberg. Die Former der Disberger Hütte stehen wegen Lohnunterschieden im Streit.

Laufen (Oberbayern). Bei der Firma Rauchs Erben, Maschinenfabrik für Brauereieinrichtungen haben die Kollegen wegen schlechter Lohn- und Arbeitsverhältnisse die Arbeit niedergelegt.

Dortmund-Lünen. Die Former der Firma Potthoff u. Flume stehen im Streit. Die Arbeiter der Lünen Hütte, Lünenener Eisengießerei und der Hütte „Westfalia“ sind ausgesperrt.

Meudon i. W. Bei der Firma Theodor Klusendick (Hofestamp), sind wegen Herabsetzung der Akkordpreise Differenzen ausgebrochen. Zugang von Akkordern, Metallbildnern und Schleisern ist fernzuhalten.

Niemtscheid. Sämtliche Maschinenbauer und Hülsenarbeiter der Niemtscheider Feilenindustrie haben (mit Ausnahme einzelner Firmen) am 18. d. Mis. die Kündigung eingereicht.

Zugang ist fernzuhalten.

Göln-Deutz. Der Streit bei Gebrüder Sachsenberg ist mit Erfolg für die Arbeiter beendet. Die Arbeit wurde wieder aufgenommen.

Düsseldorf. Die Sperre über die Kernmacherei der Firma Coest u. Co., Reichholz, wird hiermit aufgehoben. Den Kernmachern wurde eine Lohnerhöhung von 3 Pfennig pro Stunde bewilligt.

Bekanntmachung.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, 3. Juli 1910 der liebenundzwanzigste Wochenbeitrag für die Zeit vom 3. bis 10. Juli fällig.

Zur Beachtung für wandernde und arbeitslose Mitglieder. Alle Kollegen, die Arbeit suchen, sind verpflichtet, sich stets zunächst bei der örtlichen Leitung des Verbandes zu melden, um sich über die einschlägigen Verhältnisse zu erkundigen. Wo keine freigestellten Beamten und Arbeitsnachweise sind, hat diese Meldung dennoch bei dem Ortsgruppenvorstand zu erfolgen. In solchen Orten, wo keine Ortsgruppe oder Zahlstelle unseres Verbandes besteht, wende man sich an den zuständigen Bezirksleiter oder den Zentralvorstand. Das gleiche gilt auch für diejenigen Mitglieder, die ihre Arbeitsstelle am Ort wechseln.

Alle Zuschriften in Verbandsangelegenheiten ohne Unterschied, sowie alle Geldsendungen für den Verband sind an die Geschäftsstelle des christl. Metallarbeiterverbandes Duisburg, Seitenstraße 19 und nicht an die persönliche Adresse einzelner Beamten zu adressieren.

München. Der Kollege Loy, Johann, Buch-Nr. 26463 wird gebeten, seine Adresse an Zahlstelle München, Fürsteneckstraße 4/3, betrefss Reiselegitimation, anzugeben.

Aus dem Verbandsgebiet.

Walden. „Dort springen die Streikbrecher“, das soll ein Vergehen sein gegen den § 153 der G.-D. laut Urteil des kgl. Schöffengerichts Walden vom 7. Mai. Der Sache liegt folgender Tatbestand zu Grunde: In der Traktorsfabrik Gebr. Simon in Walden führte der sozialdemokratische Metallarbeiterverband einen Streik wegen Lohnforderungen. Trotz der unterschriebenen Erklärung blieben einige Arbeitswillige stehen, darunter auch das Mitglied des soziald. Verbandes Hamer von Unterkochen. Die Arbeitswilligen führen, wie die übrigen Arbeiter, mit dem Mittagzug zum Eisen nach Haus; so auch am 10. Mai. Schon während der Fahrt wurden Anfeindungen und Anpöhlungen auf die Arbeitswilligen Hamer und Bieg laut, unter anderem fiel der Ausdruck „das sind gemeine P...“, die arbeiten, wo andere streiken.“ Für diese Anfeindung erhielt der unorganisierte Kettenstreich Schiele 3 Tage Gefängnis.

Unter denen, die dicht hinter den Arbeitswilligen beim Verlassen des Bahnhofes Unterkochen herdriften, befand sich auch unser Kollege Köhler. Dieser soll gerufen haben, „dort springen die Streikbrecher“. Auf Grund der Zeugenaussagen der beiden Arbeitswilligen wollen beide den Kollegen Köhler an der Stimme erkannt haben. Ganz sicher war sich Hamer nicht, darum frag er die hinter ihm Gehenden nochmals. Doch das Gericht hielt die Aussage der beiden Arbeitswilligen für glaubwürdig, ebensowenig wurde der Einwand unseres Kollegen berücksichtigt, daß er sowohl als unser Verband an dem Streik völlig unbeteiligt sei, und daher keine Pflicht oder sonstige Ursache für ihn bestanden habe, eventuelle Arbeitswillige von ihrem Verhalten abzubringen. Der Amtsanwalt verweist auf ein Gerichtsurteil, wonach es völlig gleichgültig sei, ob die Beleidiger am Streik beteiligt sind oder nicht. Demgemäß erkannte das Gericht für den unorganisierten Kettenstreich Schiele, wie für unsern Kollegen auf einen Tag Gefängnis gegen Schiele auf 3 Tage. Sämtliche Angeklagten haben die Kosten des Verfahrens zu tragen. Trotz der angeblich „freieren süddeutschen Luft“ werden die Sünden wider den § 153 d. G.-D. auch hier nicht geschont. Das legt den Kollegen nahe, bei solchen Anlässen niemals die Ruhe und Vorsicht aus dem Auge zu lassen.

Wöllingen (Saar). (Werne leiden ohne zu Flagen!) Dieser Ausbruch unseres verstorbenen Kaiser Friedrich III. versuchen die Röchlingschen Eisen- und Stahlwerke in Wöllingen auch ihren Arbeitern beizubringen. Nicht genug damit, daß die Lohn- und Arbeitsbedingungen dieser Hütte viel zu wünschen übrig lassen, die persönliche Freiheit der Arbeiter beschnitten wird, sondern die Hütte legt auch Feiertage ein, läßt die Arbeiter im Glauben, diese würden bezahlt und bei der Abrechnung stellt sich heraus, daß die armen Arbeiter die Süpierten sind.

So geschah es auch wieder anlässlich des Begräbnisses des verstorbenen Kommerzienrates Karl Röchling am 28. Mai. Durch Anschlag wurde bekannt gemacht, daß das Werk nachmittags geschlossen bleibt, die Arbeiter somit eine halbe Schicht feiern müssen. Die Arbeiter waren nun der Meinung, daß der Lohnausfall seitens der Firma gedeckt würde, wie dies sonst überall üblich ist; doch weit gefehlt. Wohl hatte die Verwaltung der Hütte mehrere Bekanntmachungen an ihre Arbeiter erlassen, in welchen sie protestierte gegen die nicht genügenden Nachrufe zu Ehren des verstorbenen Kommerzienrates Karl Röchling in den bürgerlichen Tagesblättern. Ihrem verstorbenen Chef aber zu Ehren den Arbeitern den unfreiwilligen Lohnausfall zu vergüten, das hatte die „arbeiterfreundliche“ Firma „bergesien“.

Die Arbeiter der Röchlingschen Werke mögen sich selbst die Frage vorlegen, wer schuld daran ist, daß sie so rüch-sichtslos behandelt werden. Die Antwort darauf kann und wird nur lauten: „Es ist die Interesslosigkeit der Arbeiterschaft selbst.“ Gätten die Kollegen schon längst der Weg beschritten, der ihnen durch den christlichen Metallarbeiterverband gezeigt wurde, wahrlich, man würde es nicht mehr wagen, die Arbeiterschaft so zu behandeln, wie es heute noch geschieht. Jeder Hüttenarbeiter mag sich gesagt sein lassen, nicht durch Schimpfen und latenten Missetaten wird unsere Lage verbessert, sondern jeder Stand hat nur jene Lage, die er selbst verdient. Wollen wir ernsthaft arbeiten an unserer Besserstellung, dann kann die Parole nur lauten: Hinein in den christlichen Metallarbeiterverband. Seien wir da rührige Mitglieder und eifrig Mitarbeiter und dann kann der Erfolg nicht ausbleiben und auch die Hüttenarbeiter im Saarrevier werden den Kollegen im übrigen deutschen Vaterlande gleichgestellt sein.

Soziales.

Einen volkswirtschaftlichen Kursus

veranstaltet auch in diesem Jahre wieder die Freie Kirchlich-Soziale Konferenz in Bielefeld. Der Kursus ist in erster Linie für Arbeiter bestimmt. Nicht-Arbeiter werden nur als Hospitanten zugelassen und sollen an der Wortmeldung sich nicht beteiligen. Es wird nur diejenige Vorbildung vorausgesetzt, die der intelligente Arbeiter, der in christlichen Vereinen tätig ist, zu haben pflegt. Die Zulassung zum Ausbildungskursus ist bei dem Generalsekretariat der Kirchlich-Sozialen Konferenz, Berlin NW. 87, Tiele-Wardenbergstraße 28, baldigst spätestens jedoch bis zum 15. Juli, schriftlich zu beantragen. Mitglieder des Gesamtverbandes christlicher Gewerkschaften und des Gesamtverbandes evangelischer Arbeitervereine haben, sofern sie von der zuständigen Stelle angemeldet sind und die Zahl 10 noch nicht überschritten ist, ohne weiteres Aufnahme. Die Teilnahme am Kursus ist frei. Die Auslagen für Wohnung und Verköstigung betragen 9 Mark wöchentlich; die Wohnung wird, falls nicht andere Wünsche bei der Meldung ausgesprochen werden, von der Leitung bewahrt; die Mahlzeiten sollen tunlichst gemeinsam sein. Der Kursus beginnt am Sonntag, den 14. August und dauert bis 9. September.

Folgende wichtigen Thematena werden behandelt: „Die christlich-nationale Arbeiterbewegung“; Volkswirtschaft; Geschichte der Sozialpolitik (Arbeiterversicherung, Arbeiterbewegung); Die christlichen Arbeitervereine; Die Gewerkschaften; Arbeitgeberverbände; Die Tarifverträge; Gewerbegericht; Reichs- und Staatsverfassung; Vereins- und Versammlungsrecht.

Scheitern einer freiwilligen gemeindlichen Arbeitslosenversicherung in Augsburg.

Es wird der „Sozialen Praxis“ aus Augsburg geschrieben: „Die soziale Kommission der Stadt Augsburg hatte beantragt, die Frage der Einführung einer gemeindlichen freiwilligen Arbeitslosenversicherung auf dem vom Staatsministerium des Innern empfohlenen Wege einer Verbindung des Benter mit dem Bern-Röllner-System zur Lösung zu bringen. Die Unterstützung der Mitglieder der Organisationen und Arbeiterberufvereine, welche die Arbeitslosenversicherung schon betreiben, sollte durch gemeindliche Zuschüsse erfolgen, die durch Vermittelung der Gewerkschaften und Vereine an unverschuldet arbeitslos gewordene Mitglieder auszubehalten ist. Für die einer solcher Arbeiterorganisation nicht Angehörigen sollte zum gleichen Zweck eine gemeindliche Versicherungskasse errichtet werden, zu welcher der Beitritt jedem in Augsburg beschäftigten Arbeiter freistehen sollte. Eingezogen sollten gelernte und ungelernete gewerbliche Dauer- und Saisonarbeiter werden. Vorläufig sollten — nach Ablauf einer noch festzusetzenden Karenzzeit — bei einer auf die Dauer von jährlich 60 Tagen zu gewährenden Unterstützung von 60 Pfg. täglich folgende Wochenbeiträge erhoben werden: für gelernte Dauerarbeiter 15 Pfg., für ungelernete Dauerarbeiter 24 Pfg., für in Saisonbetrieben beschäftigte Ungelernte 36 Pfg., für in Saisonbetrieben beschäftigte Gelernte 45 Pfg.“

Diese Aufwendungen aus der Versicherungskasse sollten sodann noch durch Zuschüsse aus der Stadtkasse erhöht werden, die den gemeindlichen Zuschüssen entsprechen, die an arbeitslose Angehörige der Organisationen gegeben werden sollen. Dementsprechend erging eine öffentliche Bekanntmachung mit der an alle nichtorganisierten Arbeiter im Alter von 18 bis 60. Lebensjahre und auch an der Mitglieder der gegebenen Arbeitervereine gerichteten Aufforderung; ihre etwaige Beteiligung beim Arbeitsamt anzumelden. Der Erfolg war fast gänzlich negativ; denn von fast 18 000 unorganisierten Arbeitern meldeten mit sieben ihre Teilnahme an: die Gründung einer freiwilligen Versicherungskasse mit Beitragszahlung erschien daher nicht durchführbar.“

Dieser Vorgang beweist abermals aufs Klarste, daß mit Freiwilligkeit eine Versicherung gegen die Arbeitslosigkeit nicht zu erreichen ist. Die ganze Geschichte der Arbeitslosenversicherung mit ihren vielen vergeblichen Versuchen dieser Art ist ein Beleg dafür.

Die katholischen Arbeiterinnenvereine Süddeutschlands.

Die konfessionelle Arbeiterinnenvereinsbewegung liegt noch sehr im Argen. Sie ist vernachlässigt worden. Es ist aber nachgerade die höchste Zeit geworden, daß das Verfallene nachgeholt wird.

Es freutlicher Weise geht die Mitgliederzahl ständig voran. 1908 waren es 68 Vereine mit 9001 ordentlichen Mitgliedern. Am Schlusse von 1909 sind es 84 Vereine mit 9847 ordentlichen und 2657 außerordentlichen, also insgesamt mit 12 004 Mitgliedern.

Von den ordentlichen Mitgliedern sind 8120 Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen oder sonstige Erwerbstätige, die in fast 50 verschiedenen Industriebranchen beschäftigt sind. 927 sind Dienstmädchen.

Was die Beitragsleistungen anlangt, so sieht man, daß die gesunde Anschauung sich immer mehr Bahn bricht: Nur der Verein kann für seine Mitglieder etwas leisten, wo die Mitglieder dem Vereine etwas leisten.

Der Verband hat eine Krankengeldzuschußkasse, einige Vereine haben auch eigene Kassen. Um den Sparinn zu pflegen, hatten 50 Vereine Sparlässe mit 1471 Einlegerinnen.

Am Feiern und Bildungsbetrieb sucht man entgegenzukommen durch eigene Bibliotheken und durch Anschluß an andere Büchereien. Diese Einrichtungen erfreulicherweise großen Zuspruchs. Das vorzüglichste Organ, „Die Arbeiterin“, ist in fast allen Kreisen obligatorisch gemacht.

Ueberhaupt ist in Süddeutschland die Arbeiterinnenvereinsbewegung besser organisiert und ausgebaut als hier im Westen. Möge man bald im Westen mit den Süddeutschen in einen freudigen Wettstreit treten.

Die städtische Versicherung gegen Arbeitslosigkeit im Winter

Soll demnächst eine gründliche Umordnung erfahren. Zu diesem Zwecke hat der Beigeordnete der Stadt, Herr Dr. Fuhs, eingehende Studien in Städten gemacht, die sich ebenfalls mit der Versicherung resp. Unterstützung der Arbeitslosen befassen.

1. Solange eine obligatorische Versicherung der gesetzlichen Grundlage entbehrt, wird eine fakultative Arbeitslosenversicherung durch Ausbau der vorhandenen, nur für den Winter bestehenden Arbeitslosen-Versicherungskasse eingerichtet.

a) Eine Arbeitslosen-Versicherung auf dieser Grundlage — welche die unverschuldete Arbeitslosigkeit begreift — kann sich nicht nur aus Beiträgen der Versicherten erhalten; sie bedarf eines Zuschusses der Gemeinde.

b) Die Arbeitslosenversicherung überhaupt muß in engstem Zusammenhang mit einem gut organisierten Arbeitsnachweis stehen; für ihren Zweck genügt bei lokaler Versicherung ein lokaler Arbeitsnachweis, der aber in enger Fühlung mit allem am Platze bestehenden Arbeitsnachweisen steht.

c) Die Versicherung hat durch ihre Verbindung mit dem Arbeitsnachweis zu erreichen: 1. zunächst Arbeit zu beschaffen; 2. erst wenn keine passende Arbeit vorhanden, Unterstützung zu gewähren.

d) Die Beiträge sind nach Gefahrenklassen abzustufen. Verufe, die bestimmt mit einer Arbeitspause zu rechnen haben, haben die höchsten Beiträge zu zahlen.

e) Der Versicherte erwirbt auf beide (c, a und b) einen Anspruch darauf, daß die Unterstützung erst gezahlt wird, wenn keine passende Arbeit zuweisen werden kann.

f) Um die Arbeiter zu gewinnen, die für die Versicherung die geringsten Risiken darstellen, d. h. nicht sicher mit Arbeitslosigkeit rechnen, muß eine Einrichtung getroffen werden, die eine Art Sparkasse darstellt. Vergleiche abgekürzte Lebensversicherung.

g) Die Zahl der Aufzunehmenden ist, falls die Risikorechnung dies erfordert, zu beschränken.

h) Die Verwaltung der Kasse unterliegt der Aufsicht eines paritätisch zusammengesetzten Vorstandes. Streitfälle, namentlich ob unverschuldete Arbeitslosigkeit vorliegt, werden durch ein Schiedsgericht in paritätischer Zusammensetzung entschieden.

i) Die Versicherung kann aus Gründen der finanziellen Sicherheit erst in Zeiten anstrengender Konjunktur ins Leben treten.

2. Neben dieser fakultativen Versicherung ist möglichst Arbeitsgelegenheit zu schaffen für solche, die sich nicht versichern können oder die Versicherung „ausgezogen“ haben. Die Gemeinde bedarf hierbei, namentlich bei Krisen, der Mitarbeit von Staat, Industrie, Handel und gemeinnützigen Vereinen.

a) Die eigentlichen Notstandsarbeiten sind namentlich deshalb, weil sie keine Konkurrenz bieten dürfen unrentabel, aber einstweilen nicht zu entbehren. Der moralische Wert der Arbeit steht dem Verluste an materiellem Werte mindestens gleich.

b) Eine Rentabilität ist möglichst anzustreben; es muß versucht werden, der Notstandsarbeit neue Gebiete zu erschließen, die dies ermöglichen. Als neue Vorschläge kommen in Betracht: Flachsbaum auf Rieselfeldern, Steinobstbau, Urbarmachung von Deeland, Mooren usw., letzteres vielleicht auf Grundlage einer Interessengemeinschaft von Provinz und Gemeinden.

Literarisches.

Wohnung des Arbeiters. Arbeiter-Bibliothek, 12. Heft. 1. bis 10. Tausend. 68 Seiten Oktav. Preis 40 Pfg., postfrei 50 Pfg. Verlag der Westdeutschen Arbeiter-Zeitung G. m. b. H. M.-Gladbach 1910.

Zufriedenheit, das Ziel allen sozialen Strebens, ist ohne Besserstellung der nachstehenden Lebensbedingungen, vor allem auch der Wohnungsverhältnisse, unentbehrlich. In richtiger Erkenntnis dieses, zeigt vorliegendes Heft in muster-gültiger Weise, wie sich auch der Minderbemittelte ein gesundes, bequemes und schönes Heim schaffen kann.

Ein weiteres wichtiges Kapitel behandelt Mieders Recht und Pflicht in klarer, sachgemäßer Darstellung, und zum Schluß wird mit feinem Verständnis die Pflege der Hauslichkeit, das Geheimnis des glücklichen Familienlebens, besprochen.

Versammlungs-Kalender.

Kollegen und Kolleginnen! Versäumt ohne triftigen Grund keine Versammlung!

Bodum. Samstag, den 2. Juli, abends 8 1/2 Uhr Versammlung bei Wimes, Klosterstr. 35.

Duisburg. Wegen der Verbandsgeneralversammlung am 3. Juli können in den Zahlstellen der Ortsverwaltung an diesem Tage keine Versammlungen stattfinden.

Ortsverwaltung Duisburg. Es sei hiermit nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß die Bürosunden in Duisburg Banheimerstraße 61, mit Ausnahme der Sonntage, vormittags von 10—12 1/2 Uhr sind.

Düsseldorf. Die gemeinsame Mitgliederversammlung der Verwaltungsstelle findet am Sonntag, den 10. Juli im Paulushaus statt.

Düsseldorf-Verwaltungsstelle. Sonntag, den 10. Juli, vorm. 11 Uhr Mitgliederversammlung im Paulushaus Loutisenstr. 35.

Düsseldorf. (Klempner und Installateure). Freitag, den 8. Juli, abends 9 Uhr Branchen-Versammlung im Lokale Reuter, Of- und Klosterstr.-Ecke.

Düsseldorf. Die Mitglieder der einzelnen Bezirke der Verwaltungsstelle werden gebeten, die zur Berichterstattung der Generalversammlung festgesetzten Versammlungen pünktlich zu besuchen.

Düsseldorf. (Fuß- und Wagenschmiede.) Mittwoch, den 18. Juli, abends 9 Uhr Branchen-Versammlung im Lokale Reuter, Of- und Klosterstr.-Ecke.

Dortmund I. Samstag, den 2. Juli, abends 9 Uhr Versammlung im Gewerkschaftshaus, Westerblichstr. 62 1/2.

Dortmund-Annen. Sonntag, den 3. Juli, vorm. 11 Uhr Versammlung bei Hanne.

Dortmund-Weiße. Sonntag, den 3. Juli, vorm. 11 Uhr Versammlung bei Miede, Augustastr.

Dortmund-Wehmar. Sonntag, den 3. Juli, nachm. 4 Uhr Versammlung bei Wshoff.

Essen-Ortsverwaltung. Die Kollegen sind zu der am Sonntag, den 3. Juli, abends 6 Uhr im Burgader in Duisburg stattfindenden Begrüßungsfeier dringend eingeladen.

Essen-Vorbeck-Schönbeck. Sonntag, den 3. Juli, morgens 11 Uhr Mitgliederversammlung bei Wshoff, Germania-Platz, Vorbeck.

Essen-Holsterhausen. Sonntag, den 3. Juli, morgens 1 1/2 Uhr Mitgliederversammlung bei Buchner, Hohenstr.

Essen-Steele-Kray. Samstag, den 2. Juli, abends 8 1/2 Uhr im Lokale früher Hoenig Mitgliederversammlung.

Eisenach. Samstag, den 2. Juli abends 8 1/2 Uhr im Konzerthaus Clemba.

Frankfurt a. M. Nächste Versammlung am Samstag, den 2. Juli, abends 9 Uhr im Mecherisaal, Langestr. 29. Referent: Kollege Dohler-Kürnbrenn.

Gelsenkirchen-Ortsverwaltung. Freitag, den 8. Juli, abends 8 Uhr allgemeine Mitglieder-Versammlung bei Dörkes.

Günzigfeld. Freitag, den 8. Juli, abends 8 Uhr Versammlung bei Dohrenrecht.

Hattungen. Samstag, den 2. Juli, abends 8 1/2 Uhr Versammlung bei Daurer.

Herne. Dienstag, den 5. Juli Versammlung im Gewerkschaftshaus.

Karlruhe. Samstag, den 2. Juli abends 8 1/2 Uhr im Restaurant Zeitel, Kaiserallee 27.

Mannheim. Den durchreisenden Kollegen diene zur Kenntnis, daß vom 2. bis 12. Juli einschließlich die Unterstützung im Gesellenhaus K. 1 17, mittags von 12—1 Uhr und abends von 7—9 Uhr ausbezahlt wird.

Oberhausen-Strerade. Freitag, den 8. Juli, abends 8 1/2 Uhr Mitgliederversammlung bei Land Heidt, Holtenerstr. 1.

Oggersheim. Sonntag, den 2. Juli Versammlung mit Vortrag. Referent: Kollege Jang.

Recklinghausen. Samstag, den 2. Juli, abends 8 1/2 Uhr Versammlung bei Bogt, Münsterstr.

Remscheid. Sonntag, den 3. Juli vormittags 11 Uhr bei Frey Goman.

Solingen. Nächste Versammlung mit Vortrag Samstag, den 2. Juli, abends 9 Uhr bei Dohhoff neben dem Rathhaus.

Schwab. Gmünd. Sonntag den 17. Juli, vorm. 10 Uhr im Kleinen Saale des kath. Vereinshauses, Berichterstattung von der Generalversammlung. Vollzähliges Erscheinen erforderlich.

Thale a. S. Sonntag den 3. Juni, nachmittags 3 1/2 Uhr Mitgliederversammlung mit Vortrag in „Braunen Tisch“. Referent Kollege Hermann Henneberg.